

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1928**

262 (6.6.1928) Abendausgabe

# Badische Presse

Neue Badische Presse **Handels-Zeitung** Badische Landeszeitung  
Verbreitetste Zeitung Badens  
Karlsruhe, Mittwoch, den 6. Juni 1928.

Eigentum und Verlag von  
: Ferdinand Ziergarten :  
Chefredakteur Dr. Walter Schneider.  
Redaktionsrat: Für deutsche  
Politik u. Wirtschaftspolitik: Dr. Böhm;  
für auswärt. Politik: Dr. M. Baerlein;  
für badische Politik und Nachrichten:  
Dr. Polzinger; für Kommunalpolitik:  
Dr. Pinder; für soziale und Sport:  
Dr. Volkmann; für das Rheinland:  
Dr. Böhmer; für Ober- und Kon-  
zern: Dr. Gertel; für den Saar-  
distrikt: Dr. Feld; für die Anstalten:  
Dr. Hinderbacher; alle in Karlsruhe.  
Berliner Redaktion: Dr. Kurt Meiner.  
Fernsprecher: 4050 4051 4052 4053 4054  
Geschäftsstelle: Str. 1. und Lamm-  
straße 10. Postcheckkonto: Karlsru-  
her Postamt 8359. Beilagen: Volk und  
Welt / Literarische Umschau / Roman-  
blatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung /  
Wandern und Reisen / Haus und  
Garten / Karlsruher Verkehrs-Zeitung.

## Italien und Deutschland.

Mussolini betont die herzlichen Beziehungen. / Das Verhältnis zu Oesterreich  
diplomatisch korrekt. / Die Veränderlichkeit der Friedensverträge.

### Mussolini vor dem Senat.

Rom, 6. Juni. Mussolini ergriff gestern im Senat das Wort zu einer längeren Rede. Schon lange vor Beginn der Sitzung waren die Tribünen und die Diplomatensalons dicht besetzt. Zu Beginn der Sitzung wies ein Senator die antitalienischen Kundgebungen in Südrussland und die Innsbrucker Studentenkundgebungen zurück. Im Anschluss daran sprach Mussolini. Er behandelte zunächst ausführlich die Beziehungen Italiens zu den westlichen Staaten und kam dann auf die Fragen der Abrüstung, Reparationen, sowie des Völkerbundes zu sprechen. Über die Beziehungen Italiens zu Deutschland sagte Mussolini:

„Die Beziehungen zu Deutschland sind herzlich. Es besteht ein Handelsvertrag, dessen Bedeutung nicht genügend gewürdigt werden konnte zu einer Zeit, da die italienische Valuta noch nicht genügend stabil war. Es besteht ferner ein Schiedsgerichtsvertrag, der im November 1926 für die Dauer von zehn Jahren abgeschlossen wurde. Wenn man von den Beziehungen, die zwischen den Regierungen bestehen, zu den nicht weniger bestimmten Beziehungen der Völker übergeht, so ist die Feststellung notwendig, daß die Beziehungen zwischen den beiden Völkern, dem italienischen und dem deutschen Volk viel besser sein könnten, wenn die natürlichen Sympathien nicht gehindert worden wären durch die Tätigkeit jener verantwortlichen Kreise, die den absurden Anspruch erhoben haben, in Fragen der inneren Politik Italiens einzugreifen.“

Am Schlusse seiner Ausführungen wies Mussolini darauf hin, daß die Annahme, die Deutschland mobilisiert habe, einen herzlichen Widerhall in der italienischen öffentlichen Meinung gefunden habe. Oesterreich angehe, wolle er sich darauf beschränken, die Beziehungen als diplomatisch korrekt zu bezeichnen. Er habe den Grad größerer Herzlichkeit erreichen könnten, das hänge von Oesterreich ab.

Weiter beschäftigte sich Mussolini mit Jugoslawien und wies darauf hin, daß zwischen Staaten mit gemeinsamer Grenze nur klare Beziehungen, entweder Freundschaft oder Feindschaft, möglich wären. Italien habe stets eine Politik der Freundschaft befolgt, obwohl Italien seit drei Jahren auf die Ratifizierung des Nettunabkommens warte. Mussolini erklärte, er wolle dieses heikle Thema nicht schließen, ohne gewissen Elementen zuzurufen: Seid klug und weise und laßt die Worte des Antifaschismus kein Gehör. Denkt daran, daß es nützlich ist, mit Italien Freundschaft zu halten. Einfach keine Feindschaft! Indem er die althergebrachte Freundschaft zu England hervorhob, wies er alle Auslegungen zurück, nach denen England die Politik Italiens bevorzugen würde. Das Italien von heute habe es nicht nötig, irgendwelche Ermächtigung für seine Politik zu erbitten. Mit Polen beständen keine politischen Verträge. Damit fielen alle phantastischen Gerüchte über die Komrose Jaleskis fort. Aus dem Gedankenaustausch mit dem polnischen Außenminister über die Lage Europas habe sich

die Möglichkeit gemeinsamen italienisch-polnischen Vorgehens in bestimmten Fällen ergeben.

Die durch Beaumarchais am 19. März eingeleiteten Verhandlungen mit Frankreich verfolgten zwei Ziele: 1. den Abschluß eines Freundschaftsvertrages, 2. die Unterzeichnung einer Reihe von Protokollen, durch die alle Streitpunkte zwischen Frankreich und Italien beseitigt werden sollten. Die wichtigsten seien die Stärkung der italienischen Stellung in Tanger, die Lage der Italiener in Tunis und Berichtigungen an der Westgrenze Tripolitaniens. Im zweiten Teil seiner Rede wies Mussolini auf die Veränderlichkeit der Friedensverträge

hin, wiederholte den bekannten italienischen Standpunkt zum Dawesplan und wies zum Schluß darauf hin, daß es die Überzeugung der Regierung sei, daß, wenn unter das mit Reparationen überschriebene Kapitel das Wort Schluß gesetzt werde, damit unzweifelhaft für die Weltwirtschaft und für die Festigung des Friedens ein wichtiger Zeitpunkt gekommen sei. Schließlich wies Mussolini die Behauptung zurück, daß die faschistische Regierung dem Völkerbunde wenig freundlich gegenüberstehe. Die Wahrheit sei, daß Italien in der Überzeugung zum Völkerbunde gehöre, daß er in vielen Fällen nützlich war und sein könne. Die italienische Anregung zur Errichtung eines internationalen Instituts zur Angliederung des Privatrechtes, die italienischen Anregungen für die internationale Union für Hilfeleistungen seien Beweise für die Mitarbeit Italiens.

## Die Wirren in Rumänien.

(Von unserem rumänischen Berichterstatter.)

(Fog.) Bukarest, 1. Juni.

Die Massenkundgebung der rumänischen Bauernschaft in Karlsburg hatte wider Erwarten der nationalen Kleinbauernpartei, die bestimmt mit einem durchschlagenden Erfolg gerechnet hatte, die Entscheidung nicht gebracht. Dr. Julius Maniu war daher genötigt, einen letzten Trumpf — nicht auszuspähen — sondern anzukündigen und es heißt in der Parteipresse, daß dies wirklich der allerletzte sein werde. Nach einer Pause von genau drei Wochen, während der eine geradezu beängstigende Ruhe herrschte, haben die Nationalen Kleinbauern das Geheimnis ihrer Pläne einigermaßen gelüftet und nach einer sechsstündigen Beratung eine Verlautbarung an die Presse weitergegeben, die in großen Zügen die Taktik der Opposition im Kampfe gegen die Regierung umschreibt. Die bedeutendste Antündigung ist zweifellos jener Punkt, in welchem gleichzeitig mit der in der zweiten Junihälfte abgehaltenen außerordentlichen Parlamentstagung, welche sich mit der Verfassungsänderung zu befassen haben wird, eine Versammlung der Abgeordneten der Senatoren, der nicht durchgedungenen Parlamentarier und der Abgeordneten der Provinzorganisationen in Aussicht gestellt wird. Diese Versammlung, der Maniu einen parlamentarischen Charakter geben will, wird sich mit der von der liberalen Regierung projektierten Stabilisierungsanleihe, der Verfassungsänderung, der Konsolidierung der rumänischen Vorkriegsschulden und den damit zusammenhängenden Wirtschaftsfragen, ferner mit der Sicherheit und der Verteidigung des Staates, der außenpolitischen Lage und den innerpolitischen Wirren beschäftigen. Die Beschlüsse dieses Parteiparlamentes, das gegen Ende Juni auch dann zusammentreten wird, wenn die außerordentliche Tagung der Nationalversammlung von der Regierung nicht einberufen werden sollte, werden den gewählten Vertretern der einzelnen Gemeinden zur Überprüfung vorgelegt werden. Außerdem weist die parteiamtliche Verlautbarung auf die Notwendigkeit der Organisation eines bürgerlichen Widerstandes hin, fündet nähere Verwaltungsmassregeln an, an die sich die Leute gegen die Schikanen der Ortsbehörden zu halten haben, und wendet sich zum Schluß an das Heer und die Gendarmerie, denen auseinandergelegt wird, daß der mit ihnen getriebene Mißbrauch in ausgesprochenem Widerspruch zu den Bestimmungen der Verfassung steht.

Am drohenden Schicksal läßt die Verlautbarung der nationalen Kleinbauernpartei nichts zu wünschen übrig. Es ist auch nicht daran zu zweifeln, daß die unerschütterliche Entschlossenheit Manius, den Kampf bis zur Entscheidung unentwegt fortzusetzen — und dies muß aus dem Manifest zwangsläufig gefolgert werden — eine weitere Zunahme der innerpolitischen Spannung bedeutet. Andererseits muß wieder darauf verwiesen werden, daß von der Antündigung einer Aktion bis zu deren Durchführung ganz besonders in Rumänien ein weiter Weg ist, denn die aufwieglerische Phrase gehört hier zum eisernen Bestand eines erfolgreichen Politikers und darf im Ausland nicht nach dem Wortlaut aufgefaßt werden. Man tut gut, an ähnlichen Verlautbarungen immer drei Viertel zu streichen.

Auf alle Fälle steht fest, daß sich die Regierung von der neuerlichen Drohung der Opposition nicht einschüchtern lassen wird. Die Liberalen denken gar nicht daran, den Gegnern das Feld zu räumen, sondern bereiten im Gegenteil Gegenmaßnahmen vor, die bei der gewissen Energie des Innenministers Duca ihre Wirkung gewiß nicht verfehlen werden. Die Bratianus haben das Heer und die Gendarmerie fest in ihren Händen und die Hinweise der nationalen Kleinbauern prallen namentlich am Offizierskorps fruchtlos ab. Ob die Regierung den Zusammentritt des Parteiparlamentes gestattet oder verbietet wird, ist noch eine offene Frage. Jedenfalls darf man die Erwartungen nicht zu hoch einstellen, denn mehr als geharnischte Reden und heftige Kritiken werden sich kaum ereignen, höchstens, daß sich die Verammlung als das eigentliche Parlament erklären wird, eine Geste, die im Ausland einigen Eindruck hervorzurufen, im Inland aber kaum das beabsichtigte Ergebnis zeitigen wird, denn um den Beschlüssen den richtigen Nachdruck verleihen zu können, fehlt der Opposition diesmal eines: die Masse, jene Zehntausende, die sie in Karlsburg versammelt hatte und die tatsächlich etwas bedeuteten. Aber Karlsburg verpuffte ergebnislos und diese Schlappe werden Maniu und seine Anhänger in absehbarer Zeit kaum mehr gut machen können.

Reicht als nächstes Aktum noch der passive Widerstand. Man hat von diesem passiven Widerstand schon viel herumgeredet und in den Spalten der Oppositionspresse treibt er schon seit Jahresanfang sein geheimnisvolles Unwesen. Was die Opposition damit meinte, blieb aber ein Rätsel. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist vor allem ein Steuerstreik geplant, ein Unternehmen, das die Bauern gewiß gerne mitmachen werden, denn noch kein Bauer hat gerne Steuern gezahlt. Aber das Mittel ist gefährlich, die Waffe, die sich heute gegen die Liberalen richtet, kann morgen, wenn die Opposition aus Auber gekommen ist, gegen sie gefehrt sein, denn der Bauer, der einmal das Steuerstreiken gelernt hat, ist schwer wieder an die Steuerzahler zu bringen.

Aber die Entscheidung in dem Kampfe auf Leben und Tod, der zwischen den Liberalen und der nationalen Kleinbauernpartei ausgebrochen ist, wird gar nicht im Inland fallen. Das Ringen wird in Paris, in Newyork, in London und möglicherweise auch in Berlin entschieden werden, wo über die rumänische Anleihe und die Beteiligung der betreffenden Notenbanken an der Verfassungsänderung das Urteil gesprochen wird. Gelingt es der Regierung Bratianu, die Anleihe zustande zu bringen und die Verfassungsänderung endlich durchzuführen, dann können noch so viele Parteiparlamente Reden halten und Beschlüsse fassen, in denen die liberale Herrschaft abgelehrt wird, die Regenschirm wird Maniu zuliebe nicht einen kleinen Finger rühren, denn Vintila Bratianu ist, wenn er einmal die Anleihe lächelnd eingestrichen hat, unumstößlicher Herr des Landes. Das wissen die nationalen Kleinbauern genau so gut, wie es die Liberalen wissen. Sie tun daher alles, um die Anleihe im Auslande zu hintertreiben. Magdeau, der Generalsekretär der nationalen Kleinbauernpartei, weilt dieser Tage in Paris, angeblich um Erläuterungen über den Stand der Anleiheverhandlungen einzuziehen, in Wirklichkeit aber, um den interessierten Finanzkreisen reinen Wein über die gespannte Lage in Rumänien einzuschütten und ihnen nochmals eindringlich einzuschärfen, daß die Opposition die von den Liberalen abgeschlossene Auslandsanleihe keinesfalls anerkennen werde. Dazu seien die Bedingungen zu drückend, weswegen die Regierung Bratianu auch dann zurücktreten müsse, wenn die Anleihe zustande gekommen ist.

Andererseits haben die Liberalen alle Ursache, die Anleihe endlich unter Dach zu bringen, auch wenn nicht geringe Opfer dafür gebracht werden müssen. Es sind einige Ausichten vorhanden, daß die Regierung in die Forderung der Londoner City nach Aufwertung der aus deutschem Besitze erworbenen rumänischen Vorkriegsrenten einwilligen wird. Und wenn der rumänische Unterminister, der Generalsekretär im Finanzministerium, in London Ja gesagt hat, dann kann er in Berlin unmöglich Nein sagen. Insofern sind die Londoner Verhandlungen auch für Deutschland von ganz besonderer Bedeutung und es wäre für den deutschen Rentenbesitzer gewiß kein Vorteil,

## Der Szent Gotthard-Bericht.

Anzufriedenheit der Kleinen Entente. Der gute Wille Ungarns.

Genf, 6. Juni. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Gestern morgen veröffentlicht auch ein Genfer Blatt den Bericht des Szent Gotthard über die Ergebnisse der Untersuchung im Szent Gotthard. Bekanntlich hatte das Dreierkomitee, bestehend aus dem finnischen Außenminister, dem finnischen und schwedischen Konsuln zwei Sachverständigen für Waffenfabrikationsfragen und einen Sachverständigen für Transportfragen beauftragt, den Zwischenstand an Ort und Stelle zu untersuchen. Der Bericht der Waffenfabrikationskommission ist als Anlage dem Gesamtbericht des Dreierkomitees beigelegt. Er befragt, daß die geschmuggelten Bestandteile keine vollständig befähigten für Maschinengewehre, die während und vor dem Kriege bereits hergestellt. Es handelt sich also um altes Material, das zum Teil in gutem, zum Teil in abgebrauchtem Zustand sich befindet. Einige Teile stammen von ganz alten Modellen und waren vollständig wertlos für den Krieg. Wirklich gute Teile sind nur wenige unter dem Material. Der Bericht erkennt dann weiter an,

daß die Waffen von der ungarischen Regierung ehrlich zerstört und für den Gebrauch unbenutzbar gemacht worden seien.

Es ist aber an den nötigen Zerstörungsmaschinen auf dem Bahnhof Szent Gotthard gefehlt habe, seien einige Stücke nicht vollständig unbrauchbar gemacht worden. Jedenfalls sei nicht daran zu denken, daß die Waffen in einem für den Krieg völlig unbrauchbaren Zustand vorgefunden seien. Was nun die Frage der Herstellung von Transporten und des Bestimmungsortes betrifft, so waren die Transportbriefe usw. völlig in Ordnung, ebenso die Dokumente über die Unterfertigung in Oesterreich. Die Untersuchungskommission hat auch mit dem General Tanczos die weitere Erläuterungen gegeben hat. Der Schluß der Untersuchungsausschuss zieht ist folgender: Er bedauert, daß ein Fall heimlichen Waffenschmuggels vorliegt. Wenn auch es kaum einen Wert für den Kriegsfall darstellen, so sei doch hinzuzusetzen, daß jeder Waffenhandel das gute Einvernehmen zwischen den Völkern störe und Mißtrauen säe. Der Bericht schließt darauf hin, daß dieser Fall ein Beweis dafür sei, wie notwendig es ist, daß alle Staaten die Konvention über den Waffenschmuggel ratifizieren. Der Bericht hebt schließlich hervor,

daß die Anwesenheit von unerlaubten Waffen auf ungarischem Boden in Widerspruch zu den Bestimmungen des Vertrages von Trionon steht.

Die ungarische Regierung habe sich bei der Behandlung des Falles an die internationalen Vorschriften gehalten, nur bemerkt der Bericht, daß die ungarische Regierung nicht den willkürlichen Empfindungen der Öffentlichkeit erliegen sollte. Jedoch lägen keine Anzeichen vor, daß das Material tatsächlich für Ungarn bestimmt war.

In der Genfer Presse, die seitdem den Einflüsterungen der Kleinen Entente ergeben zu sein scheint, wird natürlich bemängelt, daß das Dreierkomitee den Fall nicht in dem Maß aufgeklärt hat, wie es die Vertreter der Kleinen Entente wünschen. Das kann nun allerdings nicht hindern, daß die Massenkundgebung einen sehr harmlosen Charakter hat und in keinem Falle den Värm rechtfertigt, der von der Gruppe Boncour angezettelt worden ist. Bemerkenswert sind aber die Indiskretionen, die im Verlauf der Behandlung der Angelegenheit begangen worden sind und die Heranziehung der Presse, um gegen Ungarn zu heben und die vertrauensvollen Beziehungen zwischen den Staaten zu gefährden. Es wäre sehr zu wünschen, daß die deutsche Delegation energische Schritte unternimmt, um festzustellen, wer diese Indiskretionen gegenüber der französischen und Genfer Presse begangen hat, damit die schuldigen Beamten im Sekretariat einer Bestrafung zugeführt werden können, sofern die Indiskretionen nicht direkt von Delegierten begangen sind.

### Die Behandlung der Rheinlandfrage. Englisch-französische Fühlungnahme in der Abrüstungsfrage.

F.H. Paris, 6. Juni. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Fertinax meldet dem „Echo de Paris“ aus Genf, der deutsche Staatssekretär von Schubert werde auf der diesjährigen Tagung des Völkerbundes die Frage der Rheinlandräumung nicht erörtern. Nach Worten, die ihm zugeschrieben werden, sei dieser neue Ausschub auf die Krankheit Dr. Siresemanns und Briands zurückzuführen.

Aber die deutsche Regierung werde diese Angelegenheit nicht unendlich lange hinausschieben lassen.

Im September würde sie zweifellos an erster Stelle in Genf zur Sprache gebracht werden.

Weiter teilt Fertinax mit, daß zwischen Sir Austen Chamberlain und Paul Boncour eine eingehende Besprechung der Abrüstungsfrage stattfinden solle um den französischen und britischen Standpunkt in Einklang zu bringen. Möglicherweise könnten diese Verhandlungen einen günstigen Verlauf nehmen weil die Engländer geneigt zu sein schienen, den Franzosen wichtige Zugeständnisse in der Frage der ausgebildeten Reservisten zu machen. Bezüglich der Abrüstung zur See bliebe ein Hindernis noch immer zu befürchten, nämlich die Festlegung der französischen Seestreitkräfte im Verhältnis zu der Stärke der italienischen. In drei Tagen würden Chamberlain und Paul Boncour den Handel nicht abschließen können, man erwarte aber, daß sie in Genf darüber ein Einvernehmen treffen würden, wo, wann und wie sie sich weiter über die Abrüstungsfrage unterhalten wollen.

wenn die Anleiheverhandlungen durch irgendwelche innerpolitische Ereignisse eine Unterbrechung erführen oder eine andere Wendung erhielten, denn die nationale Kleinbauernpartei ist zu Zugeständnissen weit weniger zu haben als die Liberalen, die um ihre Existenz kämpfen.

Die Entscheidung muß aber in den nächsten Tagen fallen, denn wenn die Anleiheverhandlungen nicht in der ersten Juniwoche zu einem erfolgreichen Abschluß gelangt, dann fällt die Zeichnungsausschreibung in die Sommerferien der Börsen, was zur notwendigen Folge haben müßte, daß die Anleihe und die Stabilisierung bis auf den nächsten Herbst verschoben werden müßte. Eine solche Verschiebung können aber die Liberalen keineswegs ertragen.

### Der polnisch-litauische Streit in Genf.

#### Ermahnungen Chamberlains an Woldemaras.

Genf, 6. Juni. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Die heutige Ratssitzung, die mit einer halbstündigen Verspätung begann, war wieder von großem Format. Während der Verspätungspause sieht man im Glasaal die Delegierten in eifrigem Gespräch miteinander. Chamberlain steigt herab in den Zuschauerraum, wo sich der greise Graf Apponyi befindet, dem er freundschaftlich die Hand schüttelt.

Um 11 Uhr 20 Minuten eröffnet der Präsident die Sitzung. Gleich zu Beginn bittet der polnische Außenminister Jazelski, daß ihm für die Ausarbeitung des Berichts über den rumänisch-griechischen Konflikt der englische Außenminister und der japanische Staatsvertreter Adachi zur Seite stehen. Die beiden nehmen die Einladung an.

Darauf fordert der Präsident den litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras auf, am Tisch Platz zu nehmen. Der Präsident erteilt dann dem Berichterstatter, dem holländischen Außenminister das Wort, der eine kurze Darstellung über die Beziehungen gibt, wie sie sich seit dem Dezember zwischen Polen und Litauen gestaltet haben. Damals forderte der Rat die beiden Staaten auf, in direkten Verhandlungen den Frieden wiederherzustellen.

Belaeis teilt mit, daß im Verlaufe dieser Zeit ihm von der polnischen Regierung zweimal Dokumente über die Verhandlungen in Königsberg

zugegangen seien. Er müsse jedoch zu seinem Bedauern feststellen, daß die Verhandlungen zu keinerlei Ergebnis geführt haben. Mit einem deutlichen Hinweis auf Litauen erklärt er, daß derjenige Staat, der die Verhandlungen sabotiere, sich nicht nur gegenüber dem Völkerbundrat sondern auch gegenüber der öffentlichen Weltmeinung ins Unrecht setze. Er erklärt dann, daß die Polen einen großen Teil der ausgewiesenen Litauer bereits wieder in ihr Land aufgenommen haben. Die polnische Regierung werde auch weiterhin alles tun, um den übrigen Ausgewiesenen die Rückkehr nach Polen zu ermöglichen.

Jazelski verzichtet in bezeichnender Weise darauf, eine Erklärung über die Verhandlungen abzugeben. Dagegen nimmt Woldemaras das Wort, um auch seinerseits zu den Verhandlungen in Königsberg und den späteren Verhandlungen in Warschau Stellung zu nehmen. Er weist darauf hin, daß es in den Verhandlungen sehr oft an genauen Unterlagen gefehlt habe und daß während und nach den Königsberger Besprechungen

fortgesetzt bewaffnete polnische Banden das polnisch-litauische Grenzgebiet unsicher gemacht

haben. Jazelski entgegnet, daß Polen immer wieder vergeblich versucht habe, die Unterschriften zu erhalten und die Banden beständen wahrscheinlich nur in der Phantasie der Litauer. Der litauische Vertreter habe im Verlauf der Königsberger Verhandlungen selbst zugestanden, daß die Bandenbeunruhigung nicht auf Tatsachen beruhe, nachdem er die notwendigen Informationen aus dem Grenzgebiet eingeholt habe.

Woldemaras zeigt zum Beweise seiner Behauptungen eine Anzahl von Photographien hervor, die sich in seinen Dokumenten befinden und verpackete polnische Bandenführer darstellen. Chamberlain schüttelt ablehnend den Kopf, während eine große Anzahl von Ratsmitgliedern über diese Geistes des litauischen Ministerpräsidenten lächeln. Unter größter Aufmerksamkeit

ergreift darauf Chamberlain das Wort, über dessen Einstellung zu dem litauisch-polnischen Problem seit kurzem keine Zweifel mehr bestanden.

Er wandte sich vorwiegend an Woldemaras. Seit längerer Zeit, so führte er aus, versucht man eine Bereinigung des Konfliktes zwischen Polen und Litauen zu erreichen. Im Dezember habe der Rat nach langen mühsamen Verhandlungen endlich eine Basis gefunden, auf Grund deren eine Einigung möglich erscheint. Doch müsse man jetzt nach Ablauf von sechs Monaten feststellen,

daß nicht die geringsten Fortschritte gemacht worden seien.

Die Polen haben sich vor dem Völkerbundrat feierlich verpflichtet, die litauische Unabhängigkeit nicht anzutasten. Nunmehr habe es auf litauischer Seite gelegen, für die Wiederherstellung der friedlichen Beziehungen mit Polen Sorge zu tragen. Litauen befindet sich in einer glücklichen Lage, denn immer habe in einem Streit mit einem großen Nachbarn der kleine Staat die Sympathie der öffentlichen Meinung auf seiner Seite. Das dürfe allerdings nicht dazu führen, daß die kleinen Staaten eine provozierende Haltung einnehmen.

Litauen könne darauf rechnen, daß der Rat alles tue, um seine Unabhängigkeit aufrecht zu erhalten.

Aber Chamberlain müsse nunmehr den litauischen Vertreter sehr ernstlich und eindringlich bitten, daß er sich von dem Geist der Verhöhnung und des guten Willens leiten lasse,

um mit dem Völkerbundrat zusammen zu arbeiten im Geiste der Verständigung und der Aufrechterhaltung des Friedens. Diese eindringliche Botschaft des litauischen Ministerpräsidenten wiederholt Chamberlain zu mehreren Malen in bittem und beschwörendem Ton. Je gefährlicher und schwieriger sich die Lage gestaltet, desto notwendiger sei es, daß alle Teile ihr Bestes tun, um zu direkten Verhandlungen zu kommen. Sodann sprach Chamberlain die Erwartung aus, daß Litauen und Polen unverzüglich ihre direkten Verhandlungen wieder aufnehmen.

### Berfassungsänderung in Polen.

W. Warschau, 6. Juni. In der Sejmung am Dienstag nachmittag gab bei der Beratung des Haushalts des Innenministeriums der Redner der Regierungspartei Erklärungen über die noch in diesem Jahre geplante Verfassungsänderung in Polen ab, die im ganzen Hause großes Aufsehen erregte. Der Redner erklärte, daß die Verfassungsänderung durchgeführt werde „mit dem Sejm oder gegen ihn“. Im Hause entstand darauf eine große Unruhe. Der Redner wurde vom Sejmarschall zur Ordnung gerufen. In den Bänken der Linken wurden entrüstete Zurufe laut, die die Verfassungsänderung als einen neuen Staatsstreich bezeichneten.

### Polnische Schikanen.

W. Kattowitz, 6. Juni. Aus Bismarckhütte wird berichtet, daß dort alle Erziehungsberechtigten, die ihre Kinder für die Minnerheitschule anmelden, vom Amtsvorstand eine Vorladung erhalten, und dort nach Personalien, Militärverhältnis und besonders nach dem Beschäftigungsort gefragt wurden. Diese Vorladung erging trotz der Zusicherungen des Wojwoden, die dieser den deutschen Abgeordneten seinerzeit gegeben hatte, daß derartige Befragungen nach dem Arbeitssort nicht mehr stattfinden würden.

### Die russische Hilfsaktion für Nobile

(Eigener Nachrichtendienst der „Badischen Presse“.)

J.N.S. Moskau, 6. Juni. Die russische Rettungsexpedition für General Nobile wird kommenden Samstag von Archangelsk am Weißen Meer aus aufbrechen, um die Suche nach den Verschollenen aufzunehmen. Die Rettungsexpedition wird geführt von dem russischen Professor Wiza, einem der hervorragendsten Kenner des Franz-Joseph-Landes. Das Expeditionsschiff „Malign“ führt außer der üblichen Ausrüstung für Schittenerpeditionen usw. noch ein Flugzeug an Bord und wird zunächst nordwestlich von Nowaja Semlja Depots errichten, die gleichzeitig als Aktionsbasis für ausgehende Erkundungsflüge in das Polargebiet dienen sollen. Die Expedition hofft, daß es der systematischen Suche des russischen Flugzeuges gelingen wird, die „Italia“ und ihre Mannschaft aufzufinden. Wie Professor Wiza erklärte, ist General Nobile das Vorhandensein von Nahrungsmittelvorräten am Kap Flora (Franz-Joseph-Land) bekannt, so daß immerhin die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen ist, daß die „Italia“-Besatzung nach dem Scheitern des Luftschiffes versucht hat, sich bis dahin durchzuschlagen.

### Noch keine Spur von der „Italia“.

U. Oslo, 6. Juni. Likhov-Holm hat am Dienstag nachmittag einen vierstündigen Erkundungsflug unternommen, hat aber keine Spur von dem Luftschiff finden können.

### Startbereit zum Ozeanflug.

N.S. Newyork, 6. Juni. Wie aus Trespassen (Neufundland) gemeldet wird, ist das Ozeanflugzeug „Freundschaft“ wieder startbereit. Wenn die Wetternachrichten günstig bleiben, will die Freundschaft heute morgen nach London starten.

## Die drohende Frankeninflation

### Große Devisenaufkäufe der Bank von Frankreich. Baldige Stabilisierung gefordert.

F.H. Paris, 6. Juni. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Die gestrige Debatte im französischen Senat, wobei Senator Herz zum größten Verdruss Poincarés die heftigsten Anklagen gegen die Devisenpolitik der Banque de France erhob, gab der Öffentlichkeit, die sich über diese Tatsache bisher nur im Geheimen unterhalten hatte, zum ersten Male einen ausführlicheren Hinweis darauf, daß die Banque de France für ungeheure Summen Devisen eingekauft hat.

Senator Herz behauptete für 45, der „Matin“ stellt heute fest für 43 Milliarden. Darauf sei es, wie der „Matin“ sagt, zurückzuführen, daß nunmehr der Bankeinsumlauf in Frankreich 60 Milliarden erreicht. Allerdings hätten diese 60 Milliarden Franken ihren Gegenwert in Gold und in Devisen. Von einer Inflation könne man nicht sprechen, weil das französische Budget vollkommen im Gleichgewicht sei und kein Defizit aufweise, aber auf die Dauer könne diese Finanzpolitik nicht fortgesetzt werden, weshalb die Banque de France unbedingt darauf dringe, daß die Devisenaufkäufe eingestellt werden

und man endlich zur Stabilisierung übergehe, weil sie sonst, wie der „Matin“ wörtlich sagt, nicht mehr die Verantwortung für die wei-

### Die Besetzung Pekings.

U. London, 6. Juni. Wie aus Tientsin gemeldet wird, hat die Kavallerie des Generals Yen am Dienstag das Chinesenoterritorium besetzt. General Yen wird mit seinem Gefolge in allerhöchster Zeit in Peking erwartet. Die Schloßer sind von Truppen besetzt worden um sie vor Plünderungen zu schützen. Der Vertreter des Generals Yen hat der japanischen Gesandtschaft die Besetzung der Stadt schriftlich mitgeteilt. Die Japaner setzen dem Einmarsch der Südruppen keinen Widerstand entgegen. Die Gärten der österreichischen und russischen Gesandtschaften sind von den japanischen Truppen geräumt worden.

### Der Reichsparteiausschuß der Sozialdemokraten.

m. Köln, 6. Juni. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Der heute vormittag kurz nach 10 Uhr zusammengetretene sozialdemokratische Parteiausschuß tagte unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Wels. Anwesend waren etwa 100 Vertreter aus allen Teilen des Reiches, darunter Reichstagspräsident Loebe und zahlreiche andere Parlamentarier. Der fraktionsvorsitzende Müller hielt ein kurzes Referat über die politische Lage, woran sich eine Diskussion angeschlossen. Die Verhandlungen dauerten etwa 2 Stunden. Die Sitzung war vertraulich. Ueber ihr Ergebnis wird eine partiell amtliche Verlautbarung ausgegeben werden. Wie verlautet, wird sich der Parteiausschuß mit der Frage befassen, ob die Voraussetzungen für eine Koalitionspolitik der SPD. gegeben sind. Auf Grund der Beschlüsse des Reichsparteiausschusses wird dann die Reichstagsfraktion der SPD. den endgültigen Beschluß darüber fassen, in welcher Form und von welchen Persönlichkeiten die Koalitionspolitik geführt werden soll für den Fall, daß der Reichspräsident die Sozialdemokratie mit der Regierungsbildung beauftragen sollte.

teren Verhältnisse übernehmen könnte. In ihrem eigenen Interesse wie in dem der französischen Steuerzahler verlange die Banque de France, daß die Stabilisierung zum gegenwärtigen Frankenkurs statfinde.

Hinzugefügt sei, daß Poincaré sich dem entscheidenden Argument der Banque de France gefügt zu haben scheint und

daß die Stabilisierung infolgedessen in vier Wochen ungefähr zum jetzigen Frankenkurs erfolgen werde.

Die Drohung des Gouverneurs der Banque de France läßt also ihre Wirkung aus und alle die Aufwertungspositiver, ob sie Marin oder Herriot heißen mögen, mußten ihren Widerstand gegen die Stabilisierung zum gegenwärtigen Kurs aufgeben.

### Die Ehrung des „Eisernen Gustav“ in Paris.

U. Paris, 6. Juni. Der achttägige Pariser Aufenthalt des plötzlich so vollstündig gewordenen Berliner Droschkenfuhrers Hartmann scheint an den 69jährigen größere Anfordernngen zu stellen, als die ganze Fahrt Berlin-Paris. Der erste Tag in Paris war reiflos ausgefallen. Am Dienstag mittag war Hartmann Gast in der deutschen Botschaft, während ihn am Nachmittag ein Pariser Reisebüro zum See eingeladen hatte, an dem die deutsche Botschaft und die österreichische Gesandtschaft sowie der Festsaal des Quartier Latin teilnahmen. Am Abend war der in Paris schon allgemein unter dem Namen Gustave bekannte Berliner Auf-

## Das bedrohte Kabinett Poincaré.

### Folgerungen aus der Wahl des Kammerpräsidenten.

#### Eine Niederlage der Nationalen Einigkeit.

F.H. Paris, 6. Juni. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Den Ausgang der Wahlen, die gestern in der französischen Kammer stattfanden, kann das Kabinett Poincaré bestimmt nicht als einen Sieg auffassen. Allerdings hatte der Ministerpräsident selbst die Wiederwahl des Sozialisten Fernand Bouisson zum Kammerpräsidenten gewünscht, aber dessen Erfolg wurde gegen den eifrigsten Vorkämpfer der nationalen Einigkeit Franklin Bouillon erungen und deshalb muß Poincaré auch den Sieg Bouissons mit einer gewissen Verbittheit betrachten. Aber immerhin kann er Bouissons Erfolg als seinen eigenen ansehen, weil er ohne die geschickte Art des bisherigen Kammerpräsidenten, die Debatten zu leiten, nicht im Stande gewesen wäre, zwei Mal die Budgetberatungen in so kurzer Zeit durchzuführen zu lassen, wie dies tatsächlich der Fall war.

Was sich bei den Wahlen der Vizepräsidenten, Quästoren und Sekretäre ereignete, kann man nur als

#### eine schwere Niederlage der Nationalen Einigkeit

auffassen. Man ging in der Kammer gestern Abend so weit zu behaupten, daß der alte Linksbund, der in der Kammer von 1924 bestanden hätte, wieder aufgelebt sei. Tatsächlich fanden sich sämtliche Linksparteien zusammen, um ihre Kandidaten auf allen Posten durchzusetzen. Die Union republicaine democratique Louis Marins und die Action democratique et sociale Maginots ging vollkommen leer aus. Das könnte ein Hinweis dafür sein, daß die Mehrheit, die das Kabinett Poincaré bisher unterstüzt hat und welche sich aus den bürgerlichen Links- und Rechtsparteien zusammenlebte, zu bestehen aufgehört hätte und daß sich eine neue Mehrheit die nur aus Linksparteien besteht, zusammengefunden hätte. Aber wenn man die Dinge in der Kammer so beurteilen wollte, ginge man zweifellos fehl. So lange die Finanzreform nicht durchgeführt ist, braucht Poincaré eine Mehrheit, die aus bürgerlichen Links- und Rechtsparteien besteht und diese Mehrheit wird sich ihm auch in den nächsten Wochen zur Verfügung stellen.

Daß aber der Kredit, den das Kabinett Poincaré bei der Kammer gefunden hat, über den 14. Juli hinausgehen könnte, muß nach dem gestrigen Wahlergebnis mehr als zweifelhaft erscheinen.

Dazu kommt übrigens noch die Möglichkeit, daß die Bartel Louis Marins, die bei den gestrigen Wahlen von den Büros der Kammer vollkommen ausgeschlossen wurde, darüber verstimmt wäre und erklären könnte, daß sie unter diesen Umständen nichts mehr in der Regierungsmehrheit zu tun habe. Wenn auf Marin, wie das bereits im Laufe der Nacht versucht wurde, ein Druck ausgeübt werden sollte, daß er das Kabinett Poincaré verlassen möge, dann würde die Situation mit einem Schlag außerordentlich ernst werden.

Hierüber wird wohl der heutige Tag Klarheit schaffen. Die regierungstreuen Blätter behaupten heute morgen, daß gestern in

der Kammer ein schwerer Fehler begangen worden sei, indem der Linksbund sich zusammengeschlossen habe, während die Rechtsparteien aus den Kammerbüros vollkommen ausgeschlossen seien. Das „Journal“ spricht von einem schweren Fehler, weil der neue Linksbund unmöglich das Kabinett Poincaré unterstützen könnte, denn die Sozialisten würden niemals für dieses Kabinett stimmen. Deshalb ist es dem „Journal“ unklar, warum man die Rechtsparteien so schwer getränkt habe, obwohl man mit diesen in demselben Kabinett zusammenfasse. Der „Gaulois“ geht noch weiter, indem er erklärt,

daß der Ausgang der gestrigen Wahlen in der Kammer den bevorstehenden Sturz des Kabinetts andeute,

womit auch die Politik der Wiederherstellung der französischen Finanzen ihr Ende gefunden hätte. Mit der Mehrheit, die sich gestern in der Kammer zusammengefunden habe, würde Poincaré nicht regieren können, weil es ihm diese Mehrheit vor allem nicht ermöglichen würde, die Ordnung im Elsaß wieder herzustellen. radikalsozialistische „Volonté“ triumphiert, daß der alte Linksbund wieder aus der Wüste erstanden sei und daß er die Regierung allein übernehmen könnte, wenn er wolle. Das ebenfalls radikalsozialistische „Deuvre“ winnt aber bereits ab, indem es schreibt, daß der Linksbund, wie er sich gestern zusammengefunden habe, keine politische Lösung herbeiführen könnte. Das Blatt tritt dafür ein, daß man Poincaré weiter am Ruder belasse.

Der „Quotidien“ kommt zu einer merkwürdigen Auslegung, indem er schreibt, daß durch die gestrigen Wahlen erneut in der Kammer der Regierung die Mißbilligung für die Ernennung des Elfläfers Oberlich zum Unterstaatssekretär ausgedrückt werden sollte. Das Blatt führt einen Ausspruch des Führers der Radikalsocialisten, Daladier, an, wonach es möglich wäre, eine Regierung der Linksparteien zu bilden, vorausgesetzt, daß die Sozialisten an einer solchen Regierung teilnehmen wollten. Es wird abgemauert sein, ob die Sozialisten einer derartigen Aufforderung Daladies Folge leisten können. Vorläufig scheinen die Dinge noch nicht so weit gediehen zu sein, aber wie bereits vor einigen Tagen gesagt wurde sind Überraschungen nicht ausgeschlossen.

Die Ereignisse nehmen vielleicht einen viel rasanteren Verlauf

als man unmittelbar nach den Kammerwahlen annehmen konnte. Sobald die Frankenkursstabilisierung vollzogen sein wird, die nach den gestrigen Erklärungen Poincarés im Senat nicht mehr länger auf sich warten lassen kann, wird entweder die Sommertagung dieser Kammer geschlossen werden oder das Kabinett Poincaré könnte erklären, daß es seine Aufgabe vollendet habe. Allerdings scheint Poincaré selbst nicht regierungsmüde zu sein, möglich aber ist, daß er dem einen oder anderen seiner Mitarbeiter den dringenden Rat erteilen würde, sich müde zu fühlen und den veränderten Umständen, wie sie in der Kammer gestern zu Tage traten, Rechnung zu tragen.

Das ideale Saxon Abfuhr-Konfekt

# Panama / Von Norbert Jacques.

Das liegt das Karibische Meer zwischen dem Gürtel von Inseln der Rüste von Venezuela, Columbien und Panama und ist für historischer Boden, denn in ihm wurde Amerika entdeckt. Im Beginn der weiße Geist jene Politik, die seit 400 Jahren in allen Kriegen widerpflanzte und die man heute Kolonialpolitik nennt.

Das liegt das alte Cartagena, das Newport des 16. Jahrhunderts, erhalten zwischen so gewaltigen Mauern, daß ich einen großen Mast mit einem großen Auto überfahren konnte. Es lag wie verfallene Forts, die als steinerne Ungeheuer in die Höhe auf dem Wasser kriechen oder die Gipfel von Berggipfeln wie kleinere Kronen in phantastischem Verfall umkränzen, die schon wieder halb verschlungen. Im Innern reiche, alte Häuser mit hohen Balkonen und üppigen Höfen.

Die Architektur dieser Stadt lebt etwas weiter von jenem Geist des Eroberers, der Bestimmung fremder Welt, das Abenteuer und Entdeckung wurde, der Beginn des Weltverkehrs, der Handel und Vergewaltigung fremder Völker war. Sein Bild im Karibischen Meer der Zeit, die vor genau vierzig Jahren diese Stadt gründete, und den 10 000-Tonnen-Schiffen der modernen Schifffahrtslinie liegt, die hier den Karibischen Meeres aus dem Innern Kolumbiens holen.

Ich durchläuft in abgesteckter Fahrtrinne das Schiff bis die Ufer wieder nahekommen und der grabene Kanal es eng umfaßt. An den Ufern, wenn das Wasser vom durchfahrenden Dampfer weggefaßt wird, sieht man Krotobile im Schlamm liegen. Die Felsen eines durchschnittenen Berges überragen uns rot, nadt und aufgerissen und mächtige Bagger arbeiten hier das stets rutschende Gestein wieder aus dem Fahrbett. Drei amerikanische Kreuzer treiben sich hier so nahe an uns vorbei, daß man hinüberspringen könnte. Sie kommen aus Nicaragua zurück, wo ihre Mannschaft gegen die Revollierenden eingesetzt worden war, und einer von ihnen, der Raleigh, hat 40 Tote.

Der amerikanische Lok, der unser Schiff durch den Kanal seitet, erzählt es uns. Zwei ungeheure Schwimmtränne strecken ihre schwarzen Eisenkörper kräftig und gewalttätig über uns. Sie kamen aus einem deutschen Werk. Und nach sechs Stunden sind wir in den Stillen Ozean zu sehen haben. Die Architektur, die Art rafter, lautscher Tätigkeit wiederholt sich. Nach siebenstündiger Fahrt sind wir im westlichen Hafen des Kanals — Balboa — und sehen in den Stillen Ozean hinein.

An das amerikanische Balboa schließt sich die Stadt Panama an, die zur Republik gehört. Sie ist nicht mehr spanisch und noch nicht amerikanisch, von 70 000 Menschen, meist Negern und Mischlingen bewohnt, von den Rassen der ganzen Erde und ihren Geschäften ausgestattet. Aber hier sind es besonders die Chinesen, die vorherrschen und bedeutende Niederlassungen gegründet haben. Die Straßen sind reizlos und schmal, und als einzige Kuriosität ist in einer unscheinbaren Kirche ein großer schöner Barockaltar zu sehen, der aus purem Golde sein soll, und aus dem alten Panama stammt, das im 17. Jahrhundert von dem englischen Seeräuber Morgan zerstört wurde. Es liegt ein Dutzend Meilen südlicher, und ich fuhr hin und kletterte eine halbe Stunde in dem Trümmerhaufen herum, ohne den Schatz zu finden, den alle Phantasien der Gegend in ihm suchten.

Abends geht man in eine der Tanzbars oder zu den Hundewettrennen in Kennelworth, wo in einer wunderbaren neuen Arena eine aufs Laufen dressierte Hundemeute hinter einem weißen Blechhaufen herbeht, der, elektrisch bewegt, wie ein Gespenst surrend den weiten Kreis umjagt. Zehntausend Neger wagen ihre Dollars im Totalisator.

Cartagena, das Newport des 16. Jahrhunderts, verkennt und ist in seiner Zeit und an allen Küsten dann Bildnis. Und eine Nacht später taucht vor dem Kiel des Hauptmotorbootes, das mich von Curacao herbrachte, das über den Weltmeer des Panamalkanals aus der Steinzeit einer Kolonialmacht und den Abkömmlingen von Negerklaven spärlich in die Landschaft.

Ich will nicht vortreiben. Ich will alles in geographischer Hinsicht vorzeichnen lassen und erzählen, daß das Schiff also an dem Abend in den Hafen von Christobal-Colon einfuhr, wo der Panamalkanal beginnt. Mit einem schwebelichten Städtepaar besetzt, das durch ihn gezeugt wurde und von denen Colon zur Stadt Panama, Christobal, zu den Vereinigten Staaten gehen diese haben als Erbauer des Kanals und als dessen Begleiter die Zone seiner Ufer vom Atlantischen bis zum Stillen Ozean gehört.

Auch hier im Westausgang haben sich Zwillingstädte gebildet. Das amerikanische Balboa und das panamaische Panama, dessen Name, auf der letzten Silbe zu betonen und indianischen Ursprungs, die Bedeutung von sich reich haben soll.

Das amerikanische Balboa ist eine weit über hügeliges Land gebreite Siedlung von Wohnhäusern, Verkaufslagern, Wasserleitungs- und Elektrizitätsanstalten, Hotels, Speisehäusern, Klubs, Verwaltungsgebäuden, Hafenanlagen der Panamagesellschaft. Im Bild ist es ganz modern, aus reiner Sachlichkeit auf die ungezwungene und natürlichste Art entstanden und schön. Untere moderne kubischen Architekten in Deutschland scheinen sich hier inspiriert zu haben. Mir gefallen auch jene deutschen Villen, die sich wohlthuend schmudlos und nur im Zweck und in den Abwägen von Massen Schönheit suchend, in die großen Kiefernwälder bei Berlin stellen.

Das Problem Schwarz-Weiß spukt auch in dieser amerikanischen Kanalzone. Während am Zugang zu dem dem Staat gehörenden Washington-Hotel in Christobal ein Schild zu sehen ist, auf dem mit brutaler Deutlichkeit steht: „Nur für Weiße!“, hat man für andere öffentliche Anstalten eine mildere, verdeckte Form gefunden: Als der Kanal gebaut wurde, haben die schwarzen Arbeiter ihre Löhne in Silber, die Weißen in Gold bekommen. Daher übernahm man die Bezeichnungen Silber und Gold, die man jetzt z. B. an den Postkassern sieht. Der Schalter „Silber“ ist für die Schwarzen, der Schalter „Gold“ für die Weißen.

Die amerikanische Christobal hat die Hafentais und ihre mit Behelfen ausgestatteten Lagerhäuser, die von den Verwaltungen der Schifffahrtsgesellschaften, das große, in der Zone der Weißen. Es ist natürlich „trodan“.

Man über ein Straßendamm die Grenze zwischen ihm und dem dem Kolonialmacht bildet, ist schon die andere Seite dieser Welt. Hier steht eine Stadt aus weiten Straßen mit immer denselben Häusern gebaut, deren einstöckige Terrassen als ein Laubengang vor dem Erdgeschoss und diese Stadt lebt nichts anderem als Leichtsinn und Vergnügen.

Jedoch diese amerikanischen Tropenhäuser, die ihnen verwandt sind, geben sich selbstverständlicher und naturhafter. Der Kontrast ihres zughigen Scharfinsens in diese kraus bewachsene Natur ist so selbstbewußt.

Raum liegen wir mit unserem Schiff am Kai, so fährt ein Neger in einem Auto vor und bringt ein großes Ruwert im Auftrag des Postmeisters. Darin liegt die Post, die in Colon eingetroffen ist, seitdem wir es am Vormittag verließen, und die von der Post selbständig nachgeschickt und gleich abgeliefert wurde.

Das Restaurant der Kanalgesellschaft ist auch nachts geöffnet. Man bedient sich in ihm vermittels einer geschulten ausgebildeten Manipulation selber. Große Verkaufsmagazine in ärarischer Verwaltung, „Commissariat“ genannt, versorgen die Einwohner der Zone mit billigen und besten Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen und Kleibern.

In diesem Januar tag stehen auf Gebäuden und Schiffen alle Flaggen auf Halbmast. Der amerikanische Erbauer des Kanals, Goebals, ist gestorben. Es ist ein nachträglicher Tod, nach Zehntausenden, den das im Entstehen begriffene Werk kostete. Es ist bekannt, daß der erste Bauversuch von Franzosen unternommen wurde. Sie begannen auf eine von allen Fiebern der Welt durchbeizte Landschaft weiße und farbige Arbeiter loszulassen. 30 000 Menschen sollen in der französischen Zeit, die von 1882 bis 1889 dauerte und in dem berüchtigten Panamakanal verpumpt, an den Arbeitsstellen gestorben sein.

Vor Colon, in einem mit Palmen und Mangobäumen bewachsenen hügeligen Gelände, liegt ihr Friedhof. Er heißt „Mount of hope“ — Berg der Hoffnung. Ich habe kaum auf einem Friedhof eine ereignisreichere Friedhof erlebt. Unter den üppigen Bäumen der Tropen, im dünnen Gras, scharen sich Keise an Keise Tausende von fußhohen weißgestrichenen Gekreuzen. Ein jedes hat eingegossen eine Kummer und unter jedem liegt eine Hoffnung vermorcht. Eine grauenerregende Uniformierung in feindlicher, mörderischer Fremde hintergrasser menschlicher Hoffnungen.

Die Kassen der ganzen Welt stellen sich hier nebeneinander, um den Soldaten oder Matrosen der Kanalzone mit Verpflegung zu überreichen. Hundert Geschäfte, von Indern geführt, verkaufen Stoffe und Eisenblech, Parfüm und Nippes, gestülpte Schals, Schmuck, Bernstein und Toiletten in farbiger Luft schreitend. Hundert Chinesen halten allen Alkohol der Welt fest, die japanische Zirkulare schneiden Substanz oder massieren oder wachen. Hundert Chinesen verkaufen die Seiden Kwantungs, die seit in die Nacht hinein in Läden, die zur Straße offen sind, wie Reflektoren von Licht schillern. Und nachts dubeln von den Tanzlokalen, Klaviere, Banjos, Trommeln, gesungen und hundert Neger, zum Tanz.

Tag und Nacht und jahraus, jahrein eine Kirmes von Leichtsinnsbetantheit. Eine fröhliche Kirmes, durchschwärmt von Negern, die eine Nacht hier sind, und durchortet von betrunkenen Matrosen und Soldaten.

So ist alles in dieser Zone aufs letzte ausorganisierten Mechanismus gespannt, der die Arbeit und das Leben in diesem Gebiet so leicht und leistungsfähig zu machen verucht, wie das möglich ist. Die Panama-Kanalzone ist eine Musterzelle menschlicher Zivilisation.

Zu dem amerikanischen Balboa gehören auch die Hügel, die den Hafen und den Zugang zum Kanal umkränzen. Man sieht von unten, wie Wege rutschloslos in ihre Fanken geschnitten sind. Will man aber hinauf, so heißt es halb: Saft! Man wird nicht durchgelassen. Denn dort oben stehen die schönsten Gebäude der Welt, 40 Zentimeter-Rohre neuester Konstruktion, eingebaut, die zusammen mit den 100 Fliegern und den 20-25000 Soldaten den Kanal zu schützen haben.

Die Franzosen ablösenden Amerikaner haben zuerst jahrelang nichts anderes getan, als das Land unter Petrol zu setzen und die Giftdümpfe zu zerstreuen. Dann erst gingen sie daran, den Kanal zu bauen, durch den in der ersten Kriegswoge von 1914 das erste Schiff fuhr.

Und nun liegt dieses Werk hier aus Stein und Stahl, von Menschengeist ohne Uebermittlung in das unberührte Werk der Natur gestellt, einen Weltteil entzweischneidend. Es hebt 10- und 20 000 Tonnenschiffe in einem leichten Spiel auf die dreifache Höhe eines großstädtischen Mietshauses. Es kreuzt die Krotobile der Urwildnis und haut sein Wasser zum Nutzen der Menschheit über das Land, dessen Wälder es getötet hat.

Es bestand in folgendem:

Kullow pflegte wegen irgendeiner Angelegenheit in irgendeiner hochblühende Behörde zu gehen; nicht etwa ein oder zwei Mal im Monat, — nein, jeden Tag, den Gott werden ließ, war er dort. Aber leider ohne das geringste Ergebnis, denn die Herren Bürokraten schenkten ihm keinerlei Beachtung, — auch wenn er noch so sehr gehetzt hätte, alles wäre vergeblich gewesen. Sie suchten überhaupt nicht nach seinen Akten, schickten ihn aus einem Stodwert ins andere oder pflegten sich unbedenklich und laut zu schmeißen, wenn er sich eine Anfrage erlaubte.

Natürlich war das Verhalten der Herren nicht so unverständlich, denn sicherlich kamen Hunderte von Leuten jeden Tag zu ihnen und beschäftigten sie mit allerhand ökonomischen Fragen; da entsteht unwillkürlich in den Menschen eine gewisse nervös-reizbare Grobheit.

Kullow vermochte jedoch in diese subtilen inneren Vorgänge nicht tiefer einzudringen, sondern dachte bei sich:

„Gelingt es mir heute nicht, meine Sache zu Ende zu bringen, ist es schlimm — denn dann steht sie sich bestimmt wieder monatelang hin. Ich werde folgendes tun — ich lange mir einfach jemand vom Kanzleipersonal und habe ihm eine gelinde Ohrfeige herunter! Es ist immerhin möglich, daß schon durch diese Tat die Aufmerksamkeit auf mich gelenkt und meine Sache schnell bearbeitet wird.“

Fjodor Kullow begab sich diesmal in das untere Stodwert der Behörde, — auf alle Fälle, damit, wenn er vielleicht in der Hitze des Gefächts aus dem Fenster geworfen werde, nicht gar zu hoch falle.

Wie ist so etwas möglich“, dachte er, „eine staatliche Behörde, überall Tische mit Büchern und Akten an den Wänden offizielle Porträts und so einer preist sich was und bammelt mit den Beinen.“

Fjodor Kullow musterte lange und ausgiebig den Bürokraten und geriet dabei immer mehr in Zorn. Schließlich trat er auf ihn zu, holte aus und verriete ihm eine Ohrfeige.

Der Geschlagene fiel natürlich von seinem Stuhl herunter; er hörte auch sofort zu pfeifen auf, ließ aber dafür ein durchdringendes Geschrei ertönen.

Da stürzten aus allen Ecken die Beamten herbei und hielten Kullow fest, damit er nicht davonlauwe.

Der Geschlagene jammerte:

„Ich bin ja selber ein Mittstiller und warte hier schon den ganzen Morgen; wenn man dann einfach eins um die Ohren kriegt — für so ein Verfahren danke ich bestens; man könnte doch wohl in einer staatlichen Behörde auch ohne solche Gewalttatte auskommen!“

Hierüber war Fjodor Kullow höchst erstaunt:

„Ich dachte, der Herr sei ein Beamter, und deshalb mach' ich mich dran, ihn zu verprügeln! Hätte ich gewußt, daß er auch zum Publikum gehört, so hätte' ich ihm sicher nichts getan!“

Auf Anordnung der Chefs wurde jetzt die Sache Kullow schleunigst hervorgeholt.

Der Geschlagene verlangte seinerseits, man solle auch seine Angelegenheit — sein Name sei Obrestin — in Gang bringen.

Die Sache Obrestin wurde also auch hervorgeholt.

Darüber war der Geschlagene so froh, daß er sich bei Kullow herzlich bedankte:

„Meine Gesichtszüge werden sich schon von alleine wieder einrennen, aber daß Sie, mein Herr, mir geholfen haben, meine Sache vor der Verschleppung zu bewahren, vergeße ich Ihnen mein Lebtag nie!“

Schnell wurde ein Protokoll aufgenommen; inzwischen brachte man die Akten des Kullow und es wurde ein Beschluß eingetragen. „Sie, junger Mann, haben sich nicht an die richtige Stelle gewandt. Sie müssen Ihre Sache bei einer anderen Behörde vorbringen.“

Worauf Obrestin erwiderte:

„Gestatten Sie, meine Herren! Wozu hat man mich denn gehauen? Man könnte mir doch zum mindesten schriftlich bestätigen, daß Herr Obrestin am laundsondlichen eine Ohrfeige bekommen hat.“

Solch eine Bescheinigung gab man Obrestin nicht; er wollte sich nun wütend auf Kullow stürzen. Man führte ihn hinaus und dabei blieb es denn auch.

Kullow wurde auf zwei Wochen eingesperrt; doch seine Sache nahm ihn vorgeschriebenen Lauf und endigte ohne Verschleppung. Aus dem Russischen von Erwin Moritz.

# Die Palent-Ohrfeige / Von M. Goshlschenko.

Der gute Fjodor Merezewitsch Kullow hat neulich einen geradezu phänomenalen Einfall gehabt: es gelang ihm ein wirksames Mittel gegen den Bürokratismus zu entdecken und dadurch seinen fast schon staatsmännlichen Scharfsinn zu bekunden.

Dieses Mittel ist so wirksam und obendrein so billig, daß man es unbedingt auch im Ausland patentieren möchte, — doch leider ist es Kullow im Augenblick nicht möglich fortzureisen — er sitzt nämlich hinter schwebelichten Gardinen — eben für den Versuch mit dem Patentmittel.

Der gute Fjodor Merezewitsch Kullow hat neulich einen geradezu phänomenalen Einfall gehabt: es gelang ihm ein wirksames Mittel gegen den Bürokratismus zu entdecken und dadurch seinen fast schon staatsmännlichen Scharfsinn zu bekunden.

Dieses Mittel ist so wirksam und obendrein so billig, daß man es unbedingt auch im Ausland patentieren möchte, — doch leider ist es Kullow im Augenblick nicht möglich fortzureisen — er sitzt nämlich hinter schwebelichten Gardinen — eben für den Versuch mit dem Patentmittel.

Es bestand in folgendem:

Kullow pflegte wegen irgendeiner Angelegenheit in irgendeiner hochblühende Behörde zu gehen; nicht etwa ein oder zwei Mal im Monat, — nein, jeden Tag, den Gott werden ließ, war er dort. Aber leider ohne das geringste Ergebnis, denn die Herren Bürokraten schenkten ihm keinerlei Beachtung, — auch wenn er noch so sehr gehetzt hätte, alles wäre vergeblich gewesen. Sie suchten überhaupt nicht nach seinen Akten, schickten ihn aus einem Stodwert ins andere oder pflegten sich unbedenklich und laut zu schmeißen, wenn er sich eine Anfrage erlaubte.

Natürlich war das Verhalten der Herren nicht so unverständlich, denn sicherlich kamen Hunderte von Leuten jeden Tag zu ihnen und beschäftigten sie mit allerhand ökonomischen Fragen; da entsteht unwillkürlich in den Menschen eine gewisse nervös-reizbare Grobheit.

Kullow vermochte jedoch in diese subtilen inneren Vorgänge nicht tiefer einzudringen, sondern dachte bei sich:

„Gelingt es mir heute nicht, meine Sache zu Ende zu bringen, ist es schlimm — denn dann steht sie sich bestimmt wieder monatelang hin. Ich werde folgendes tun — ich lange mir einfach jemand vom Kanzleipersonal und habe ihm eine gelinde Ohrfeige herunter! Es ist immerhin möglich, daß schon durch diese Tat die Aufmerksamkeit auf mich gelenkt und meine Sache schnell bearbeitet wird.“

Fjodor Kullow begab sich diesmal in das untere Stodwert der Behörde, — auf alle Fälle, damit, wenn er vielleicht in der Hitze des Gefächts aus dem Fenster geworfen werde, nicht gar zu hoch falle.

Wütlich bietet sich seinem empörten Auge ein schier ungläublicher Anblick: an einem Tisch sitzt auf einem Stuhl ein Bürokrat mittleren Alters — sauber gekleidet, mit Krage und Krawatte, reinen Manschetten usw. Dieser Mann sitzt also da und tu: buchstäblich nichts. Nein, noch ärger: er sitzt da, hingegossen auf seinen Stuhl, dazu preist er mit gepöhlten Lippen leise vor sich hin und bammelt vergnügt mit den Beinen.

Befonders dieser letzte Umstand brachte Kullow vollends aus der Fassung.

Wie ist so etwas möglich“, dachte er, „eine staatliche Behörde, überall Tische mit Büchern und Akten an den Wänden offizielle Porträts und so einer preist sich was und bammelt mit den Beinen.“

Fjodor Kullow musterte lange und ausgiebig den Bürokraten und geriet dabei immer mehr in Zorn. Schließlich trat er auf ihn zu, holte aus und verriete ihm eine Ohrfeige.

Der Geschlagene fiel natürlich von seinem Stuhl herunter; er hörte auch sofort zu pfeifen auf, ließ aber dafür ein durchdringendes Geschrei ertönen.

Da stürzten aus allen Ecken die Beamten herbei und hielten Kullow fest, damit er nicht davonlauwe.

Der Geschlagene jammerte:

„Ich bin ja selber ein Mittstiller und warte hier schon den ganzen Morgen; wenn man dann einfach eins um die Ohren kriegt — für so ein Verfahren danke ich bestens; man könnte doch wohl in einer staatlichen Behörde auch ohne solche Gewalttatte auskommen!“

Hierüber war Fjodor Kullow höchst erstaunt:

„Ich dachte, der Herr sei ein Beamter, und deshalb mach' ich mich dran, ihn zu verprügeln! Hätte ich gewußt, daß er auch zum Publikum gehört, so hätte' ich ihm sicher nichts getan!“

Auf Anordnung der Chefs wurde jetzt die Sache Kullow schleunigst hervorgeholt.

Der Geschlagene verlangte seinerseits, man solle auch seine Angelegenheit — sein Name sei Obrestin — in Gang bringen.

Die Sache Obrestin wurde also auch hervorgeholt.

Darüber war der Geschlagene so froh, daß er sich bei Kullow herzlich bedankte:

„Meine Gesichtszüge werden sich schon von alleine wieder einrennen, aber daß Sie, mein Herr, mir geholfen haben, meine Sache vor der Verschleppung zu bewahren, vergeße ich Ihnen mein Lebtag nie!“

Schnell wurde ein Protokoll aufgenommen; inzwischen brachte man die Akten des Kullow und es wurde ein Beschluß eingetragen. „Sie, junger Mann, haben sich nicht an die richtige Stelle gewandt. Sie müssen Ihre Sache bei einer anderen Behörde vorbringen.“

Worauf Obrestin erwiderte:

„Gestatten Sie, meine Herren! Wozu hat man mich denn gehauen? Man könnte mir doch zum mindesten schriftlich bestätigen, daß Herr Obrestin am laundsondlichen eine Ohrfeige bekommen hat.“

Solch eine Bescheinigung gab man Obrestin nicht; er wollte sich nun wütend auf Kullow stürzen. Man führte ihn hinaus und dabei blieb es denn auch.

Kullow wurde auf zwei Wochen eingesperrt; doch seine Sache nahm ihn vorgeschriebenen Lauf und endigte ohne Verschleppung. Aus dem Russischen von Erwin Moritz.

Der Übergang daneben aber der andere Stadtteil, der der Verfassung und des Weltverkehrs, in dem es dicht an dicht die deutsche, englische, holländische, italienische, spanische, französische, japanische, holländische, italienische, spanische, französische, japanische Schifffahrtsgesellschaften stehen hier nebeneinander im Stinlauf ums Geschäft.

Im Hafen Christobals aus läuft der Dampfer auf die ersten Schiffe los. Ein Wert aus Eisen und Stein, fürs Auge von jener Form und Qualität des Architekturischen, die so schön ist, weil sie in ihm ununtrennbare Einheit sind: eine architektonische Schmelzgeburt von Zyklopenmauern, von Pyramiden... der Schmelz ist die Allee von Leuchtpilastern aus Zement, zwischen denen der Kontrast in die Weiden stellt.

Der Mensch baut sich nun die Gatun-Schleuse als eine Treppe zwischen zwei Inseln auf. Ihre drei Kammern haben den Zweck, das Schiff zwischen dem Ozean und 30 Meter hoch auf den Wasserspiegel zu heben, auf dem es die Landenge zu durchqueren hat. Es geht umwundernswert ein, der in seiner Ordnung und Organisation ein Meisterwerk ist. Man sieht kein Signal, hört kein Kommando, aber auf einmal haben vier Lokomotiven Taus auf den Schienen gesetzt und ziehen ihn in die unterste Schleusenkammer, um die Höhe zu überwinden, mit Hilfe ihrer Zahnrad- und eisernen Räder die in einem Bufen fließende, gewalttätige Wasserkraft zu nutzen.

Der Mensch folgt nun alles Schlag auf Schlag. Die Lokomotiven sinken zu. Das Wasser dringt aus der Tiefe in die Schleuse ein und hebt in Minuten das Schiff auf die Höhe der Landenge, die wie auf Zauberwint ihr Tor öffnet. Die Lokomotiven setzen sich wieder betriebsbereit in Gang und ziehen den Dampfer wieder auf die Höhe der Landenge, und alles wiederholt sich auf dieselbe wortlose, lautlose, geregelte Weise, und in einer halben Stunde sehen wir den Atlantischen Ozean 30 Meter tiefer liegen.

Wir fahren wir in den Gatun-Schleuse ein. Um dies Werk zu bauen, haben seine amerikanischen Erbauer die riesigen Chagresflüsse, der aus dem Süden kommt und an der Mündung ins Meer mündete, gestaut. Sie haben so eine weite Ebene, die aus vom Urwald überzogenen Hügel und Tälern besteht, gemächlich unter Wasser gesetzt. Die Ruppen der Hügel sind unter Wasser. Die Kronen der alten Riesebäume ragen noch über dem Wasser, tot, grau, wie verwitterte Totenbeine, zermürbte, wie ein See entstanden, der um einiges größer als der Genfer See ist.

Es bestand in folgendem:

Kullow pflegte wegen irgendeiner Angelegenheit in irgendeiner hochblühende Behörde zu gehen; nicht etwa ein oder zwei Mal im Monat, — nein, jeden Tag, den Gott werden ließ, war er dort. Aber leider ohne das geringste Ergebnis, denn die Herren Bürokraten schenkten ihm keinerlei Beachtung, — auch wenn er noch so sehr gehetzt hätte, alles wäre vergeblich gewesen. Sie suchten überhaupt nicht nach seinen Akten, schickten ihn aus einem Stodwert ins andere oder pflegten sich unbedenklich und laut zu schmeißen, wenn er sich eine Anfrage erlaubte.

Natürlich war das Verhalten der Herren nicht so unverständlich, denn sicherlich kamen Hunderte von Leuten jeden Tag zu ihnen und beschäftigten sie mit allerhand ökonomischen Fragen; da entsteht unwillkürlich in den Menschen eine gewisse nervös-reizbare Grobheit.

Kullow vermochte jedoch in diese subtilen inneren Vorgänge nicht tiefer einzudringen, sondern dachte bei sich:

„Gelingt es mir heute nicht, meine Sache zu Ende zu bringen, ist es schlimm — denn dann steht sie sich bestimmt wieder monatelang hin. Ich werde folgendes tun — ich lange mir einfach jemand vom Kanzleipersonal und habe ihm eine gelinde Ohrfeige herunter! Es ist immerhin möglich, daß schon durch diese Tat die Aufmerksamkeit auf mich gelenkt und meine Sache schnell bearbeitet wird.“

Fjodor Kullow begab sich diesmal in das untere Stodwert der Behörde, — auf alle Fälle, damit, wenn er vielleicht in der Hitze des Gefächts aus dem Fenster geworfen werde, nicht gar zu hoch falle.

Wütlich bietet sich seinem empörten Auge ein schier ungläublicher Anblick: an einem Tisch sitzt auf einem Stuhl ein Bürokrat mittleren Alters — sauber gekleidet, mit Krage und Krawatte, reinen Manschetten usw. Dieser Mann sitzt also da und tu: buchstäblich nichts. Nein, noch ärger: er sitzt da, hingegossen auf seinen Stuhl, dazu preist er mit gepöhlten Lippen leise vor sich hin und bammelt vergnügt mit den Beinen.

Befonders dieser letzte Umstand brachte Kullow vollends aus der Fassung.

Wie ist so etwas möglich“, dachte er, „eine staatliche Behörde, überall Tische mit Büchern und Akten an den Wänden offizielle Porträts und so einer preist sich was und bammelt mit den Beinen.“

Fjodor Kullow musterte lange und ausgiebig den Bürokraten und geriet dabei immer mehr in Zorn. Schließlich trat er auf ihn zu, holte aus und verriete ihm eine Ohrfeige.

Der Geschlagene fiel natürlich von seinem Stuhl herunter; er hörte auch sofort zu pfeifen auf, ließ aber dafür ein durchdringendes Geschrei ertönen.

Da stürzten aus allen Ecken die Beamten herbei und hielten Kullow fest, damit er nicht davonlauwe.

Der Geschlagene jammerte:

„Ich bin ja selber ein Mittstiller und warte hier schon den ganzen Morgen; wenn man dann einfach eins um die Ohren kriegt — für so ein Verfahren danke ich bestens; man könnte doch wohl in einer staatlichen Behörde auch ohne solche Gewalttatte auskommen!“

Hierüber war Fjodor Kullow höchst erstaunt:

„Ich dachte, der Herr sei ein Beamter, und deshalb mach' ich mich dran, ihn zu verprügeln! Hätte ich gewußt, daß er auch zum Publikum gehört, so hätte' ich ihm sicher nichts getan!“

Auf Anordnung der Chefs wurde jetzt die Sache Kullow schleunigst hervorgeholt.

Der Geschlagene verlangte seinerseits, man solle auch seine Angelegenheit — sein Name sei Obrestin — in Gang bringen.

Die Sache Obrestin wurde also auch hervorgeholt.

Darüber war der Geschlagene so froh, daß er sich bei Kullow herzlich bedankte:

„Meine Gesichtszüge werden sich schon von alleine wieder einrennen, aber daß Sie, mein Herr, mir geholfen haben, meine Sache vor der Verschleppung zu bewahren, vergeße ich Ihnen mein Lebtag nie!“

Schnell wurde ein Protokoll aufgenommen; inzwischen brachte man die Akten des Kullow und es wurde ein Beschluß eingetragen. „Sie, junger Mann, haben sich nicht an die richtige Stelle gewandt. Sie müssen Ihre Sache bei einer anderen Behörde vorbringen.“

Worauf Obrestin erwiderte:

„Gestatten Sie, meine Herren! Wozu hat man mich denn gehauen? Man könnte mir doch zum mindesten schriftlich bestätigen, daß Herr Obrestin am laundsondlichen eine Ohrfeige bekommen hat.“

Solch eine Bescheinigung gab man Obrestin nicht; er wollte sich nun wütend auf Kullow stürzen. Man führte ihn hinaus und dabei blieb es denn auch.

Kullow wurde auf zwei Wochen eingesperrt; doch seine Sache nahm ihn vorgeschriebenen Lauf und endigte ohne Verschleppung. Aus dem Russischen von Erwin Moritz.

**Rabatt**  
**Sie werden staunen...**  
 wenn Sie sehen welche grosse Auswahl Ihnen geboten wird!

**Total-Ausverkauf**  
 wegen Auflösung der Firma:  
 A. Winter & Sohn Nachf. Friedrich Köchlin Inhaber Otto Bastian  
**HAUS KÖCHLIN** Ritterstraße 5

**Sie werden kaufen...**  
 da die Preise nach Abzug der Rabatte ausserordentlich niedrig sind!

**30% Rabatt**  
 Alle Metallwaren Kunstgegenstände Kleinmöbel Beleuchtungskörper

# Die Neugliederung des Reiches.

Der Badische Landtag für die Hebung der Selbstverwaltung der Gemeinden und der Länder. — Die badische Regierung gegen die Erhöhung der Eisenbahntarife. — Die Abgeordneten dürfen die Rheingoldzüge benutzen.

## Der Voranschlag des Ministeriums des Innern. Beginn der allgemeinen Beratung.

Das Zentrum.

Recht pünktlich rief am Mittwoch vormittag das elektrische Läutwerk die Landboten in den Sitzungssaal. Nach rascher Erledigung der wenigen geschäftlichen Angelegenheiten begann die allgemeine Beratung des Voranschlags des Ministeriums des Innern mit der Rede des Zentrumsabgeordneten Dr. Hoffmann, der eingangs seiner einstündigen Ausführungen seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß es der inneren Verwaltung gelungen sei, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Die allgemeine Sicherheit habe auch sonst gewahrt werden können. Der schreckliche Mord bei Freiburg im Gebiete von Breinau beweise, daß der Ausbau der Gendarmerie weiter gefordert werden müsse. Nur selten begegne man draußen auf dem Lande einer Gendarmereistreife (Hörle: „Die kommen nur zu oft!“ Große Heiterkeit). Die Regelung der Beamtenbesoldung habe die Notlage der Beamten gemildert, aber auch den anderen Ständen müsse geholfen werden. Die Beamtenbesoldung sei eine große Notwendigkeit für die ruhige Entwicklung des Staatswesens. Das Volk müsse aber auch seinerseits den Beamten die gebührende Achtung entgegenbringen, damit wir eine treue, feste und unbefleckte Beamtenenschaft erhalten. Mit dem Gegensatz: Volk und Beamte müsse nun Schluß gemacht werden. Die Garantie einer ruhigen Staatsentwicklung könne nur im Berufsbeamtentum gesehen werden. Der Verwaltungsaufbau sei ein Teil der Verwaltungsvereinfachung. Ueber Unitarismus und Föderalismus werden bei anderer Gelegenheit grundsätzliche Erörterungen gemacht werden. Wenn das Zentrum einen gelunden Föderalismus betone, so habe es gewisse kulturelle Erscheinungen im Auge, die eintreten werden, wenn Baden mit allzu großem Eifer für den Unitarismus eintreten würde. Man dürfe sich dem Neuen nicht entgegenstellen, sondern müsse aus der Tradition heraus vorsichtig vorgehen. Das Zentrum lehne die Einführung der Amts-körperschaften ab, es sei ein Freund der bewährten Kreisverwaltung und verlange, daß ein starkes staatliches Gerippe durch das ganze Land hindurchgehe. Das Zentrum sei ferner ein Freund der kommunalen Selbstverwaltung. In den kleineren Gemeinden habe das Listenwahlverfahren verheerend gewirkt; hier müsse es bis zu den nächsten Gemeindevahlen zu einer Neuerung kommen. Viele lokale Dinge werden zu zentral bearbeitet; hier sei Dezentralisation notwendig nach den bestehenden Gesetzen und Verordnungen. Davor sei zu warnen, daß die Polizeidirektion als selbständig, dem Landrat koordinierte Behörde innerhalb des Bezirksamtes aufgemacht werde. Gegen den Schluß seiner Rede streifte der Abgeordnete verschiedene Einzelfragen.

Die Sozialdemokratie.

Im Gegensatz zum Zentrumsredner erklärte der sozialdemokratische Sprecher Graf die vornehmste Aufgabe des Ministeriums des Innern nicht in der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung — diese Aufgabe könnte unter Umständen auch eine behauerliche Sache sein —, sondern die vornehmste Aufgabe sei die Förderung der Wirtschaft, die Pflege der Sozialversicherung, die Pflege der Wohlfahrtspflege und die Pflege der Fürsorgepflicht. Aufgabe des Landtages sei es, der badischen Regierung Wege und Richtung zu geben, wie diese Fragen im Reich zu behandeln seien und wie sie in Berlin wirken soll, daß die Wünsche der Badener befriedigt werden. In der Sozialversicherung könne manches gebessert werden; es sei falsch, wenn von landwirtschaftlichen Kreisen gegen die „sozialen Lasten“ Sturm gelaufen werde, da gerade in Baden recht viele kleinere Landwirte die Segnungen der Sozialversicherung genießen. Nicht abgebaut dürfe diese werden, sondern die ganze soziale Gesetzgebung müsse weiter ausgebaut werden. Die Verwaltungskosten seien in Wirklichkeit nicht so hoch, wie immer von gegnerischer Seite behauptet werde; durch falsches Zahlenmaterial werde die Öffentlichkeit absichtlich irreführt. Die Zerspaltung im Krankenwesen sei zu bedauern; vor der Gründung von Landkrankenanstalten sei in Baden ganz besonders zu warnen, weil das Land zu klein sei und auf dem Schwarzwald die Gehöfte zu zerstreut liegen. Notwendig sei die Zusammenfassung aller Krankenkassen, weil dadurch die Leistungen verbessert werden können. Die Oberverwaltungsämter müssen so ausgestattet werden, daß sie schnell und rasch arbeiten können; die Kammern sollen nicht immer am Sitze des Amtes tagen, sondern auch an anderen Orten. Die Selbstverwaltung der Gemeinden müsse so ausgebaut werden, daß die Stadt- und Gemeindevorständen in dieser Selbstverwaltung auch noch etwas mitreden können, denn heute seien sie nur Ja- und Neinmänner, die keinerlei Initiative ergreifen können. Auf dem Gebiete des Wohnungswezens habe die letzte Reichswohnungs-zählung gezeigt, daß das deutsche Volk noch in Jahrzehnten nicht aus der Wohnungsnot heraus sein werde, daher dürfe man die Wohnungszwangswirtschaft nicht vollkommen aufheben.

Die Regierung.

Staatspräsident Dr. A. Kemmle beantwortete in seiner Eigenschaft als Minister des Innern die Anfrage des Abgeordneten Klüber über das Schicksal seines Antrages dahin, daß nach dem Stande der gegenwärtigen Handelsvertragsverhandlungen mit Polen über die Zulassung der Einfuhr von Schweinen aus Polen noch keine bestimmten Angaben gemacht werden können. Allgemein bemerkte der Minister, wer sich heute noch der Meinung hingabe, der Schutz der Landwirtschaft sei allein durch Zölle, und möglichst hohe Zölle, zu erreichen, bewege sich volkswirtschaftlich vollständig in einem Irrtum. Wenn die Reichsregierung in der Frage des Notprogramms in der jüngsten Zeit mit den Mitteln, die sie dafür zur Verfügung gestellt habe, jetzt an die Verwirklichung ihrer Probleme herangehe, dann sei das eine sehr viel zweckmäßigere Hilfe für die Landwirtschaft als der ewige Ruf nach höheren Zöllen. Die Regierung werde sich bemühen, für die Beschädigung der landwirtschaftlichen Ausstellungen in München im nächsten Jahre einen höheren Zuschuß herauszuwirken. Der Freiburger Doppelmord sei eine Mahnung, der Vernehmung der Gendarmereistreifen wieder größere Aufmerksamkeit zu widmen; die Gendarmen seien Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft und als solche überaus stark in Anspruch genommen, daher habe der Streifendienst eine gewisse Eindämmung von selbst erfahren. Die Landräte von großen Städten seien schon in Friedenszeiten nicht in der Lage gewesen, sich um die polizeilichen Angelegenheiten zu kümmern und haben daher den Polizeidirektor sehr selbständig

arbeiten lassen müssen; in der neueren Zeit sei das in erhöhtem Maße der Fall. Die technische Ausrüstung der Polizei müsse auf das höchstmögliche Maß gesteigert werden, wenn die Sicherheit garantiert werden soll. (Zuruf Dr. Höhrs: „Auf den Funst kommt es nicht an!“) Auf den Funddienst komme es sehr stark an, das habe sich gerade beim Freiburger Doppelmord wieder gezeigt. Die Beamten-schaft habe sich in Baden loyal auf die Staatsform eingestellt. Das Oberverwaltungsamt Konstanz halte bereits auswärts Sitzungen ab, in Karlsruhe seien eben Erwägungen für Pforzheim im Gange (Zuruf des Abgeordneten Schneider: „Und Mannheim und Heidelberg?“). Seit der Einführung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten habe sich das Strafenbild in Karlsruhe sehr zu seinen Ungunsten geändert. Jene, die ständig für das Gesetz eingetreten seien, haben sich kein besonderes Ruhmesblatt erworben; die badische Regierung habe vor der Schaffung dieses Gesetzes beständig gewarnt.

Die Deutsche Volkspartei.

Auf hoher Warte stand die Rede des Abgeordneten Gündert von der Deutschen Volkspartei, der ihr eine kurze geschichtliche Betrachtung über Volk — Staat — Verfassung — Reich zu Grunde legte und sich dann mit den beiden wichtigsten Fragen: „Verwaltungsreform und Verhältnis zwischen Reich und Ländern befaßte. Daß die Verwaltungsreform unaufschiebbar geworden sei, sei jetzt Gemeingut des ganzen deutschen Volkes. Die Frage Unitarismus oder Föderalismus könne am besten gelöst werden durch Schaffung eines dezentralisierten Einheitsstaates, der von unten nach oben organisch aufgebaut sei auf der Grundmauer der Selbstverwaltung mit einer festumgrenzten Staatsaufsicht. Das untere Stadtwort bestehe aus den Gemeinden und Städten mit einem Wahl-beamten an der Spitze, mit einem Verwaltungskörper, der aus geheimer Wahl hervorgegangen sei. Das mittlere Stadtwort bildeten dann die Länder, ebenfalls mit einem Wahlbeamten an der Spitze und einem Provinziallandtag. Die Selbstverwaltungskörper in der unteren und mittleren Instanz müssen als Träger des Ganzen angesehen werden. Lasse man den örtlichen, bezirklichen und Länderinteressen genügend Spielraum dadurch, daß man diese Selbstver-waltungskörper als das Richtige anerkenne, dann kommen die Länderbelange genügend zum Ausdruck und sei überall genug Spiel-raum vorhanden für die Pflege der Eigenart des Bezirks und des Landes. Das Land könne dadurch an Freiheit all das erlangen, was notwendig und erforderlich sei. Dr. Schöfer habe vorgestern gesagt: „Wir lassen uns nicht zu einer Berliner Provinz degradieren.“ Das sei unmöglich, wenn die Gliederung und der Aufbau des Reiches sich so vollziehe, wie oben dargelegt worden sei. Suchen wir die Lösung aber nicht auf dem Wege der Selbstverwaltung, dann lausen wir Gefahr, daß wir von Berlin aus zentralisiert werden, dann werde die Reichsregierung ein ungegähntes Heer von Reichs-beamten bis ins kleinste Dorf hinausenden müssen, und regiert werde das deutsche Volk durch die Zentralbureautrakte. Wenn dann der Einheitsstaat so, wie angedeutet, aufgebaut sei unter Aufrechterhaltung der historischen Grenzen der Länder, dann werde Dezentralisierung den Anstoß und den Eintritt in das Reich viel leichter finden. Die Weimarer Verfassung müsse allerdings wesentlich geändert werden, wenn wir zum dezentralisierten Einheitsstaat kommen wollen. Die Selbstverwaltung müsse die Lösung bringen! Dann ging der Redner auf Einzelfragen des badischen Voranschlags ein. Zunächst äußerte er Bedenken, ob man den Proporz auch anwenden soll auf die unteren Bezirksstellen, und bedauerte, daß der Minister die Auf-fassung Baden Baden für verfehlt, schon mit Rücksicht auf die Bedeutung Baden-Badens als Weltbad; man hätte dafür besser das Bezirksamt Bühl auflösen sollen. Ob man weiter komme, wenn die Beamten nicht mehr selbst schreiben, sondern nur noch diktieren, sei fraglich, denn vielfach könne man beobachten, daß jetzt schon viel zu viel diktiert werde. Der Lärm, den die Motorräder ver-ursachen, sei sehr groß und die Rauchtentwicklung sehr schädlich. Die Verkehrsordnung sollte von Kraftfahrern und von Fußgängern besser beachtet werden, dann würden bedeutend weniger Unfälle vorkommen. Die Fußgänger sollten die Bürgersteige benutzen, nicht in Gruppen stehen bleiben und die Kinder entsprechend erziehen. (Zuruf von sozialdemokratischen und kommunistischen Abgeordneten: „Ist das die Höhe der politischen Linie!“) Diese Fragen gehören eher zum Voranschlag des Ministeriums des Innern als die Ausführungen über den Einheitsstaat. Aus staatspolitischen Gründen sei der Schutz

Die deutschnationale Volkspartei.

Der Führer der deutschnationalen Fraktion D. Mayer-Karlsruhe kam einleitend auf die sittliche Entartung der Jugend zu sprechen und trat für die Aufrechterhaltung des Berufsbeamtentums ein, denn auch der demokratische Staat müsse sich als Obrigkeit fühlen. Bei Anerkennung jedes zweckmäßigen Abbaus habe er die Auffassung des Bezirksamtes Baden Baden für verfehlt, schon mit Rücksicht auf die Bedeutung Baden-Badens als Weltbad; man hätte dafür besser das Bezirksamt Bühl auflösen sollen. Ob man weiter komme, wenn die Beamten nicht mehr selbst schreiben, sondern nur noch diktieren, sei fraglich, denn vielfach könne man beobachten, daß jetzt schon viel zu viel diktiert werde. Der Lärm, den die Motorräder ver-ursachen, sei sehr groß und die Rauchtentwicklung sehr schädlich. Die Verkehrsordnung sollte von Kraftfahrern und von Fußgängern besser beachtet werden, dann würden bedeutend weniger Unfälle vorkommen. Die Fußgänger sollten die Bürgersteige benutzen, nicht in Gruppen stehen bleiben und die Kinder entsprechend erziehen. (Zuruf von sozialdemokratischen und kommunistischen Abgeordneten: „Ist das die Höhe der politischen Linie!“) Diese Fragen gehören eher zum Voranschlag des Ministeriums des Innern als die Ausführungen über den Einheitsstaat. Aus staatspolitischen Gründen sei der Schutz

## Zum Freiburger Mord.

Freiburg, 5. Juni. Die polizeilichen Erhebungen haben bis jetzt ergeben, daß beide Leichen Kopfschüsse aufweisen und beiden Ermordeten der Hals durchschnitten ist. Die Leichen werden heute nach Freiburg gebracht und dort leziert werden. Der Name der beiden Ermordeten lautet Gersbach, nicht Gersberg. Von den Tätern hat man bis jetzt noch keine Spur.

Am Mittwoch unternahm die beiden Mannheimer Lehrerinnen Ida und Luise Gersbach, deren Väter Brüder waren, eine Schwarzwaldwanderung in das Feldberggebiet. In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag übernachteten sie auf dem Turner und setzten am Donnerstag ihre Wanderung fort. Ihr Ziel war der Feldberger Hof über dem obengenannten Höhenweg. Seit dieser Wanderung fehlte bis Montag jede Spur von ihnen. Der in Gersbach lebende Vater, der jüngeren Luise Gersbach, ein Ober-lehrer, benachrichtigte daraufhin die Freiburger Kriminalpolizei, die sofort starke Suchaufgebote einlegte.

Man fand im Walde nächst dem Höhenweg auf der Weistannen-höhe zunächst die Leiche der 26 Jahre alten Luise Gersbach in der Frühe des gestrigen Dienstags zwischen 9 und 10 Uhr. Die Kehle war durchschnitten und außerdem erkannte man einen schweren

der landwirtschaftlichen Produkte notwendig. Der Redner vertrat sich dann noch über die soziale Fürsorge.

Die Demokratische Partei.

Der demokratische Abgeordnete Dr. Glöckner erklärte, er wolle seine Ausführungen auf die zum Voranschlag des Ministeriums des Innern gehörenden Gegenstände beschränken und die Frage Unitarismus oder Föderalismus nicht ansprechen, da vereinbart worden sei, sie bei einer anderen Gelegenheit, nämlich bei der Generaldebatte, die den Beratungen des Voranschlags für das Finanzministerium vorausgehen werde, zu erörtern. Die Frage der Neuordnung der inneren Verwaltung könne nur für sämtliche Länder gelöst werden. So wie die Dinge heute lägen, sei Bayern in der Lage, sich die Kosten der Steuerzahler des übrigen Reiches einen aufgeschuldeten Verwaltungsbeamtenapparat zu halten. Die einheitliche Verwaltung sei in dem Ausbau der Selbstverwaltung in den Amtsbezirken und in der Schaffung leistungsfähiger Körperschaften, wie sie bereits in anderen Ländern bestünden, zu suchen. Der Abgeordnete Dr. Hoffmann wolle von dem Amtskörper nichts wissen, sondern die Kreisverwaltungen beibehalten wissen. Dem könne er (Dr. Glöckner) nicht zustimmen, eher sage ihm der Vorschlag zu, den Dr. Kemmle für seine Partei und nicht in einer Eigenschaft als Minister oder Staatspräsident in einer Funktionärsversammlung in der Sozialdemokratischen Partei im Dezember v. J. gemacht habe und der 25 Amtsbezirksposten sehe. Es sei möglich, daß die Zahl 25 etwas hoch gegriffen sei, allein hier lasse sich jedenfalls sehr leicht eine mittlere Linie finden. Auf den Verwaltungsgerichtshof könne auch in unserem Lande verzichtet werden. Dessen mit dem Oberlandesgericht zu verbinden gehe wegen der Verschiedenheit der zu leistenden Arbeiten ebenfalls nicht an, noch weniger aber lasse sich ein Zusammenschluß mit dem mit dem württembergischen Verwaltungsgerichtshof, wie schon im Haushaltsausschuß von dem Abgeordneten Dr. Mattes verlangt worden sei, rechtfertigen, denn es müßte dann unter dem Namen Umstände ein badischer und ein württembergischer Senat mit dem badischen und württembergischen Senatspräsidenten gebildet werden und mit den erhofften Einsparnissen sei es nicht. Die demokratische Fraktion begrüße die Erhöhung der für die Wohlfahrtspflege vorgesehenen Summe von 5,64 Millionen Mark auf 6 Millionen Mark. Es müsse bald ein Ausführungsgesetz für die Wohlfahrtspflege entworfen werden, ebenso müsse die Aufbringung der Mittel, die zur Durchführung des Gesetzes über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten notwendig werden, durch ein Reichsgesetz geregelt werden. Die Demokraten seien auch für einen weiteren Ausbau der Sozialen Fürsorge, allerdings dürfe dabei die Vereinfachung der Organisationsstruktur nicht außer Acht gelassen werden; es dürfe vor allem nicht mit den Arbeitsämtern eine neue Reichsbehörde aufgezogen werden. Die badische Polizei verdiene Anerkennung für ihre Leistungen und ihre Aufrechterhaltung in der Öffentlichkeit. Ziehe man hier einen Vergleich zwischen dem Jahre 1912 und heute, so falle er sehr zum Vorteil der heutigen Polizei aus. Der Funst sei nicht so unnötig, wie von einem Mitglied auf der anderen Seite des Hauses betont worden sei; in dieser Hinsicht müsse man den Darlegungen des Herrn Zentrumspräsidenten zustimmen. Ueber das Kapitel Wohnungs-wirtschaft werde das Erforderliche bei der Einzelberatung gesagt werden. Die Tätigkeit des Ministers des Innern und die Tätigkeit der Beamten oben und unten, verdienen alle Anerkennung. In den zehn Jahren der Tätigkeit des Ministers des Innern sei nicht nur für Ruhe und Ordnung im Innern des Landes gesorgt worden, sondern es sei ein Postivum im Rahmen des finanziell Möglichen geleistet worden, dafür gebühre dem Minister Dank und Anerkennung.

## Erhöhung der Eisenbahntarife.

Auf eine Anfrage des Zentrumsabgeordneten Dr. Hoffmann über die Erhöhung der Eisenbahntarife antwortete im Auftrage des Finanzministeriums Ministerialrat Dr. Seeger, das badische Finanzministerium habe von vornherein die von der Deutschen Reichsbahngesellschaft beabsichtigte Erhöhung der Personen- und Gütertarife mit großer Sorge erfüllt. Deshalb habe es als erste Aufgabe Anfang an bei zwei verschiedenen Gelegenheiten in Berlin erklärt lassen, daß eine solche Erhöhung die badische Regierung nicht erfüllen müsse, und habe das zuständige Reichsministerium ermahnen, alles daran zu setzen, die geplante Erhöhung hinauszuschieben. Erneut habe das badische Verkehrsministerium um eine Beschränkung beim Verkehrsministerium nachgesucht, um in mündlicher Verhandlung die Bedenken Badens darlegen zu können, die um so größer seien, da Baden Grenzland sei. Dem Vernehmen nach hat das Reichsministerium in seiner gestrigen Sitzung die von der Deutschen Reichsbahngesellschaft geplante Erhöhung abgelehnt.

Am Schluß der Sitzung gab der Präsident dem Hause Mitteilung von einem Schreiben der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft des Inhalts, daß die Abgeordneten des Reiches und der Länder, also auch die badischen Landtagsabgeordneten, auf Grund ihrer Freiheitsausweise auch die FF-Schneepisten d. i. die „Rheingoldzüge“ benutzen dürfen, was mit dem Voranschlag des Ministeriums des Innern weiter beraten.

Kopfschuß. Von der 36jährigen Ida Gersbach fehlte am Montag jede Spur. Man fand dann die Leiche in ungefähr 150 Meter Entfernung unweit der Straße, abseits im Walde liegend. Sie war gar nicht zugerichtet. Die Leiche war über und über mit Blut bedeckt, während die Leiche der Luise weniger stark bespritzt aufweist.

Nach dem Befund, daß eine der Lehrerinnen einen Kopfschuß auf sich doch nur um einen Täter handelt. Nach dem Schuß auf die jüngere Luise könnte die ältere Ida rasch davon geeilt sein, um Hilfe gerufen haben, und so von hinten erschossen worden sein. Sie sind das immer nur Mutmaßungen, da nichts Genaues feststeht. Die Verlesung der Ida eine Schuß- oder Stichwunde ist. Für die Täter würde auch sprechen, daß beide die gleichen Schnittverletzungen an der Kehle aufweisen. Auch der Hut der so frühmorgens zugerichteten Ida weist eine Schußspur auf, die Kugel hat jedoch nicht den Kopf getroffen.

Bei der Entdeckung der Leiche fand man auf dem Boden keine Spuren, vor allem keine Schleißeuren. Angemerkt ist deshalb, ob sie sich gerade abseits des Waldstückes befunden haben, ob sie dort ermordet oder irgendwie dorthin gebracht worden sind. Die beiden Ermordeten trugen schlichte Wanderschuhe.

# Der sehnsüchtigste Wunsch jeder Frau,

ein schönes Heim zu besitzen, kann ohne großen Aufwand erfüllt werden, wenn Sie sich vor der Anschaffung von **Gardinen und Dekorationen**, die ja die Behaglichkeit einer Wohnung entscheidend beeinflussen, unverbindl. unsern fachmännischen Rat einholen

# M. Boländer





Verkehrsziffern vom 109er-Tag. Sonder- und Ergänzungszüge. — Am Sonntag 60 000 Ankünfte.

Der 109er-Tag, über dessen glanzvollen Verlauf man in allen Kreisen der Karlsruher Bevölkerung nur eine Stimme des Lobes hat, hat der badischen Landeshauptstadt einen Verkehr gebracht, wie man ihn bisher nur an ganz „großen Tagen“ erlebt hat. Große Massen von Fremden aus nah und fern fanden sich am Samstag und Sonntag zu dem 109er-Tag in Karlsruhe ein, so daß man an diesen Stellen veröffentlicht werden. Der Verkehr auf dem Hauptbahnhof erreichte nach einer Mitteilung des badischen Verkehrsverbandes am Sonntag seinen Höhepunkt. Es wurden an diesem Tage nicht weniger wie 60 000 Ankünfte verzeichnet. Sechs Sonderzüge brachten Teilnehmer des 109er-Tages aus dem Ober- und Unterland, weitere 25 Ergänzungszüge wurden benötigt, um den Verkehr zu bewältigen. Man sieht aus diesen Ziffern, daß dieser 109er-Tag weit über den Rahmen eines Regimentsfestes zu einem großen Heimatfest geworden ist, an dem alle Kreise der Bevölkerung nicht nur der Landeshauptstadt, sondern, wie die Verkehrsziffern beweisen, aus dem ganzen Lande regen Anteil genommen haben.

Die auswärtigen Teilnehmer waren übrigens hoch erfreut über den Empfang durch die Karlsruher Bevölkerung. Die alte Garnisonstadt hat gezeigt, daß man die badischen Leibgrenadiere und ihre Kameraden im Kriege nicht vergessen hat. Das Ergebnis des Regimentsfestes zu Gunsten des badischen Kriegerfriedhofes in Lens ist außerordentlich zufriedenstellend. Der durch den Blumentag erzielte Betrag ermöglicht zunächst eine sorgfältige Pflege der badischen Kriegergräber auf dem Lenser Friedhof in Nordfrankreich. Mit Genugtuung haben die 109er feiergestellt, daß die Bevölkerung dieser Sammlung für den Patenfriedhof der Kameradschaft badischer Leibgrenadiere das größte Verständnis entgegengebracht habe. Das gute Ergebnis war nur möglich dank der unermüdeten und mühevollen Arbeit der Sammler und Sammlerinnen, die dafür Dank und Anerkennung verdienen. Die Kameradschaft hat übrigens durch Herrn Obermusikmeister Bergmann der Kameradschaft badischer Leibgrenadiere ebenfalls einen größeren Betrag für den Friedhof in Lens zur Verfügung gestellt. Die Königin von Schweden, die augenblicklich im Schloss Baden weilt, hat nachträglich am 109er-Denkmal einen prächtigen Lorbeerzweig mit einer Schleife in den badischen und schwedischen Farben niederlegen lassen. — Vom 109er-Tag sind eine große Anzahl gutgelungener Aufnahmen von Photograph Bauer, Karlsruhe, Molkestraße, und Geschwister Moos, Kaiserstraße, in mehreren Geschäften ausgestellt.

Wenn Karlsruhe Feste feiert... dann schmückt sich die Stadt.

Man schreibt uns: Im hohen Farbenspiel wetteifern die mannigfaltigen, sich regen Farben heller Festesfreude, die Fahnen. Drum ist die Aufhängung der Fahnen: „Fahnen heraus!“, vor jeder festlichen Veranstaltung verständlich, denn Karlsruhe soll und will sich unsern Gästen im schönsten Kleide zeigen und soll durch den Fahnenstolz daran, auch die Kreise sich an der Festesfreude beteiligen wollen und wenn man sich nur dadurch geschieht, daß die Fahnen herliche Größe den Fahnen entgegenwinden.

Bei einem Feste, wie z. B. dem Jubelfeste der 109er, zeigte sich am Karlsruher in geradezu bräutlichem Schmuck. Reiche Beflaggung und das ist schon so, namentlich die Staats- und städtischen Fahnen. Wie reich beflaggt ist z. B. nur unser herrliches Rathaus am Marktplatz — man hat seine helle Freude an dem sich hier während Gemein- und Schönheitsfesten. Wirft man dann z. B. einen Blick auf die andere Seite, da gewahrt man die alten ehrwürdigen, durch Säulen der dunkel getönten Stadttrümpfe und daneben die filigranen, unfeinlich schmückigen Fassaden der Häuser- und Straßenbauaktion. Diese beiden Schmuckgebäude waren — wie bei allen Anlässen immer schon — auch am 109er-Tag und zwar mit alten, verwachsenen, badischen und ebenbürtigen Reichsflaggen. Der Anblick dieser verblakten Fahnen an den feineren Anlässen immer schon — hier und dort Unwille und dann es sei, wie ich höre, von einer sachverständigen Architekturstudienkommission bei Lösung der „Flaggenfrage“ dahin entschieden worden, daß zur Erhaltung der silbernen Einheitsfarbe und um das historische Bild nicht zu beeinträchtigen, aus Schönheitsgründen diese Fahnen nur ganz alte, verwachsene Fahnen herausgehängt werden dürfen.

Man soll die Autorität und Souveränität von Sachverständigen nicht antasten. Aber wie wär's, wenn man einmal es sich erlauben, freudigen, neuen Flaggen, die die Flaggenfarben in der richtigen Färbung zeigen, probieren würde? Vielleicht wäre dann die Färbung des einheitlichen Bildes der so notwendige Neuanfang der recht unbedenklich aussehenden Bauten am Marktplatz zur Ausführung.

Und noch einmal die Fahnen: Welcher Privatmann würde sich erlauben, an seiner Wohnung solche Fahnen als Flaggenstolz zu zeigen? Man hätte Sorge, mit dem Gesetz zum Schutz der Fahnen in Konflikt zu kommen, und mancher lebte in der Angst, von der Republik, sie sind verwässert und verwachsen, und gegen jede Erneuerung wird...“

„Allerdings wird man am Marktplatz zu diesen Ausführungen kommen. Wo sind wir denn eine Wasserbaudirektion!“

Schnabelgalat.

Der Karlsruher Rheinhafenverkehr im Mai.

Im Monat Mai war der Wasserstand des Oberrheins für die Großschiffahrt verhältnismäßig günstig. Am Pegel zu Magau stieg er am Anfang des Monats von 393 auf 460 Zentimeter, um nach Schwankungen in der Mitte des Monats bis auf 425 Zentimeter zu fallen.

Infolge der Lohnbewegung in der Rheinschiffahrt, die bedauerlicherweise den ganzen Monat andauerte, zeigt der Karlsruher Hafenerverkehr im Monat Mai gegenüber dem Vormonat einen Rückgang um mehr als 100 000 Tonnen, der sich auf Zufuhr und Abfuhr verteilt. In der Zufuhr sind an dem Ausfall besonders die Brennstoffe beteiligt, in der Abfuhr ist davon besonders Holz betroffen. Mit dem städtischen Motorboot sind im Monat Mai an Sonntagen und Feiertagen über 2000 Personen befördert worden. An Werktagen haben über 900 Schüler das gleiche Boot zu Hafenerkundfahrten benutzt.

Auch auswärtige Motorboote haben im Berichtsmonat Fahrten nach Karlsruhe ausgeführt, darunter zum ersten Mal ein Boot der Köln-Düsseldorfer Rheindampfschiffahrt, die den Personenverkehr nach und von Karlsruhe in nächster Zeit auszubauen die Absicht hat.

Sein 40jähriges Dienstjubiläum konnte am 1. Juni 1928 Herr Profurist Heinrich Emmerich in der Firma Brauerei Schrempf-Princk, Karlsruhe, begehen. Am Vorabend versammelten sich die Herren der Direktion, die Angestellten und eine Abordnung der Arbeiterchaft im III-Lokal des Landtsnechts, um in würdiger Weise den Jubilar zu ehren. Nach gemeinsamem Essen und einem musikalischen Vortrag von Beamten der Brauerei eröffnet Herr Direktor Karl Schrempf das Wort namens der Aktionäre, des Aufsichtsrates und der Direktion, um Herrn Emmerich Dank zu sagen für seine 40jährige pflichterfüllte und aufopfernde Tätigkeit. Herr Emmerich trat am 2. Juni 1888 in die damalige Bierbrauerei Karl Schrempf als Expedient ein. Durch Fleiß und Treue erwarb er sich rasch das Vertrauen seines Chefs, des inzwischen verstorbenen Kommerzienrats und Ehrenbürgers von Karlsruhe, Herrn Karl Schrempf, so daß ihm bereits Anfangs der 90er Jahre der Posten eines Oberbuchhalters übertragen wurde. Herr Emmerich hat den größten Teil der Entwicklung der heutigen Brauerei Schrempf-Princk, zum Teil auf verantwortungsvollem Posten, miterlebt, so die Umwandlung in eine Aktienabteilung und die Zusammenlegung mit der Brauerei A. Princk. Ein an Arbeit reiches Leben liegt hinter dem Jubilar. Kassier Maier sprach namens der Angestellten und Zimmermann Kistner namens der Arbeiter die herzlichsten Glückwünsche aus. Neben einem Geldgeschenk von der Direktion wurde der Jubilar mit allerlei schönen Geschenken bedacht, für die er mit bewegten Worten dankte. Beim gemütlichen Teil erfreute Herr Staatsbaupolier Paul Müller mit heiteren Gedächtnis und Herr Alex. Hofffeld durch Vortrag einiger Lieder zur Laute.

Die Fackelzug der Karlsruher Studentenschaft. Die Karlsruher Studentenschaft veranstaltete am Freitag, den 8. Juni, zu Ehren von Geh. Hofrat Prof. Dr. Schlegelmacher einen Fackelzug, der sich in der Englerstraße um 8 Uhr 30 Min. aufstellte und den Weg durch die Kaiserstraße, Kaiserstraße zur Kriegsstraße 31 nimmt. Dort wird der 1. Vorsitzende der Karlsruher Studentenschaft Herr Prof. Schlegelmacher, der seine Lehrtätigkeit an der Technischen Hochschule ausübt, den Dank der Studentenschaft aussprechen. Die Fackeln werden am Konzertsaal vor der Feuerwache zusammengeworfen.

Gesellen-Gedenkfest. Am Sonntag, den 10. Juni 1928, nachmittags 12 Uhr, wird in der Hauptkammer des Oberlandesgerichtsgebäudes in Karlsruhe, Hoffstraße 10, das Ehrenmal geweiht, das die Vereine der Badischen Justizbeamten und Badischen Rechtsanwälte ihren im Weltkrieg gefallenen Mitglieder errichten. Persönliche Einladungen zur Teilnahme an der Feier sind den Angehörigen der Gefallenen zugegangen, soweit ihre Anschriften bekannt sind. Selbstverständlich sind — wie uns der Ehrenmal-Ausschuß mitteilt — sämtliche Angehörigen, auch soweit ihnen eine besondere Teilnahme nicht zugehen konnte, bei der Feier herzlich willkommen. A. Kurs im Rettungsschwimmen. Im Monat April hat Bademeister Langenstern, Lehrstuhlinhaber der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft, zwei Kurse im Rettungsschwimmen für Angehörige des Karlsruher Kolonialvereins abgehalten. 19 Teilnehmer legten die Prüfung für den Grundschein und drei für den Prüfungsschein der D.L.R.G. ab.

S.A.V. Motorportklub Karlsruhe. Am Pfingstsonntag früh 5 Uhr starteten eine beträchtliche Anzahl von Maschinen zur Rheinfahrt. Die Fahrt ging über Schwetzingen, Mannheim, Worms nach Rierstein, woselbst Frühstückspause gemacht wurde. Von hier führte die Fahrt weiter über Mainz nach dem Ziel Geisenheim. Nachmittags wurden die Rheintalstädte Riedesheim, Ahmannshausen usw. besucht. Abends war gemütliches Beisammensein in der alten Linden in Geisenheim. Am Pfingstmontag wurde dem Nationaldenkmal auf dem Niederwald ein Besuch abgestattet und dann ging's heimwärts über Wiesbaden-Frankfurt-Darmstadt-Heidelberg nach Karlsruhe.

Ausstellung. In der Zeit vom 7. bis 12. Juni findet im Festsaal des „Friedrichshof“ eine Ausstellung statt, die im Zeitalter der Kastenlosigkeit sehr interessant zu werden verspricht. In übersichtlicher, gefälliger Weise wird das Verhältnis der Planeten zur Sonne dargestellt, sowie die Entfernungen der Planeten zur Erde.

Angekleidetenführer. Wir verweisen auf die in dieser Nummer enthaltene Anzeige, wonach die Auskünfte- und Beratungsstelle der Angekleidetenführer vom Rathaus nach dem ehemaligen Großherzog-Palais in der Herrenstraße 45 verlegt worden ist.

Unfälle. Ein 50 Jahre alter Maurer erlitt, als er mit Ausbesserungsarbeiten unter einem Kessel beschäftigt war, starke Brandwunden an Armen und Hüften, weil siedendes Wasser aus dem Kessel heraus aus bisher unbekanntem Grund sich über ihn ergoß. — In der Degenfeldstraße wurde eine Radfahrerin von einem Pferdebesitzer von hinten angefahren. Die Radfahrerin wurde leicht am Knöchel verletzt.

Selbsttötungsversuche. Heute nacht gegen 2 Uhr versuchte ein entlassener Fremdenlegionär sich in der Markgrafenstraße vor eine Klein-Kraftmaschine zu werfen, um sich überfahren zu lassen. Er kam jedoch nicht vor das Fahrzeug zu liegen, sondern fiel mit beiden Händen in die linke Türschwelle und zog sich zwei tiefe Schnittwunden an der rechten Hand und am rechten Unterarm zu. Von dem Fahrzeug wurde er zurückgeschleudert und blieb auf der Straße liegen. Er wurde nach der Wache Karl-Friedrichstraße verbracht, wo man ihm einen Notverband anlegte. Dort wurde festgestellt, daß er sich bereits um 12 Uhr eine Stichwunde bei einem Malariaanfall beigebracht hatte. Er wurde nach dem Krankenhaus verbracht.

Voranzeigen der Veranstalter.

Kirchlich-liberale Vereinigung. Am 7. Juni findet hier die Jahresversammlung der Kirchlich-liberalen Vereinigung statt. Die Tagung beginnt um 10 Uhr mit einem Gottesdienst, den Privatdozent Dr. Duhm-Heidelberg in der Kleinen Kirche halten wird. Um 11 Uhr folgt im Saal zum Krokodil ein Vortrag von Privatdozent Dr. Lieberman-Freiburg über „Verfall und Verfallungsfragen der badischen Landeskirche“. Um 1/4 Uhr wird Geheimrat Professor D. Bauer-Heidelberg über „Recht und Grenzen des Individualismus“ einen Vortrag halten. Um 1/2 Uhr beginnt eine geschlossene Mitgliederversammlung, in der Landesfiskalrat E. Schulz über „Unsere Arbeit auf der Landesgenossenschaft“ berichtet wird. Auf die gottesdienstliche Feier um 10 Uhr sei ganz besonders aufmerksam gemacht.

Badisches Landesballet. Am Donnerstag, den 7. Juni (Fronleichnam) findet im Rahmen einer volkstümlichen Vorstellung aus halben Preisen eine Aufführung von Verdis beliebter Oper „Der Troubadour“ statt, mit den Damen von Ernst, Seiberlich und Strad und den Herren Borodin, Kaufböter, Rentwig und Derner in den Hauptpartien. Die musikalische Leitung hat Rudolf Schwarz. Die Vorstellung beginnt um 10/4 Uhr.

Sonntagskonzerte im Stadtgarten. Am Donnerstag (Fronleichnam), den 7. Juni, finden im Stadtgarten drei Konzerte statt und zwar ein Promenadekonzert, zu dessen Besuch kein Musikausflug erhoben wird, von 11/4-12/4 Uhr (die Späterverlegung erfolgt mit Rücksicht auf die am Vormittag stattfindende Fronleichnamprozession, ein Nachmittagskonzert von 3/4-6 Uhr und ein Abendkonzert von 8-10/4 Uhr. Edelmütige Konzerte werden von der Feuerwehrtabelle unter Leitung des Herrn Musikdirektors E. Arrang angeführt, deren Konzertprogramme für diesen Tag einige schöne Feiertunden den Konzertbesuchern verbleiben.

Feuerwerk im Stadtgarten. Wir haben schon kurz darauf hingewiesen, daß heute Mittwochabend im Stadtgarten, bei gutem Wetter, anlässlich der in Karlsruhe stattfindenden Tagung des Verbandes zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen ein Feuerwerk stattfindet, angeführt von dem den Karlsruhern von seinen früheren vorredaktionellen Veranstaltungen her bestens bekannten Feuerwerksmeister W. Fischer, Clebronn/Wittba. Das Feuerprogramm des Feuerwerks bringt u. a. Neuesten auf dem Gebiete der Pyrotechnik, wie sie hier noch nie zu sehen waren.

Don-Kofaken-Chor. Nachdem Serge Jaroff mit seinem Chor die Schweiz, Ungarn, Oesterreich (in Wien feierte er sein 1000. Konzert), Frankreich, England, Holland mit triumphalen Erfolgen absolviert hat, wird der Don-Kofaken-Chor wieder eine Konzertreise durch Deutschland unternommen. Er wird auch wieder unsere Stadt besuchen. Das Konzert findet am Sonntag, den 10. Juni, abends 8 Uhr, im großen Festsaal statt. Die Bedeutung dieses Chores ist durch seine Mehrere hier stattgefundenen Abende dem großen Musikpublikum unseres Ortes wohl hinreichend bekannt. Es gelangt ein anderes Programm als das letzte Mal zum Vortrag. Karten sind in der Musikalienhandlung Müller zu haben.

Das Kaffee-Wädder sei seit einigen Tagen eine originelle chinesische Aufmachung. Sifu-Sai nennt sich die Kaffeebohne, die ebenfalls in stillemäher Kleidung konzertiert. Die Veranstaltungen sind natürlich alle unter dieses Motto gestellt: „Eine chinesische Nacht am Anglie-Kiang“, dazu die stimmungsvolle in chinesischer Art gehaltene Beleuchtung, wird wie die anderen Veranstaltungen eine lebhaft Anziehungskraft ausüben. (Siehe Inserat.)

Kabarett Wiener Hof. Für die erste Hälfte des Monats Juni ist es der Direktion gelungen ein vorzügliches Programm zusammenzustellen. Der beliebte Humorist und Stimmungsmacher Rudi Kolob bietet einen humorvollen, mit dem er auch den Orieatärnächsten zum Lachen bringt. Neben ihm tritt die Vortragssängerin, deren feine Vortragsgabe ihr im Auge die Herzen der Zuhörer fesselt. Eine Tänzerin von Klasse ist Hena Zankowa deren Spitzen- und Nationaltänze stärksten Beifall finden. Herr Fritz Müller am Flügel trägt in bekannter Weise viel zum guten Gelingen des Programms bei.

Waldfest im Hardtwald. Morgen am Fronleichnamstage veranstaltet der Musikverein Harmonie das erste Waldfest auf dem Waldfestplatz im Hardtwald. Das gesamte Harmonie-Orchester konzertiert ab 11 Uhr unter Leitung von Herrn Hugo Rudolph. Kinderpiele und Volksbelustigungen sorgen für Kurweil.

Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte Karlsruhe.

Table with 7 columns: Stationen, Luftdruck in Meereshöhe, Temp. barometrisch, Gestirne Sichtweite, Niederschlag mm, Schneehöhe cm, Wetter. Rows include Wertheim, Bismarck, Karlsruhe, Bad. Vaden, Willmann, St. Gallen, Heilbronn, Badenweiler.

Allgemeine Witterungsübersicht. Der gestern über England und Nordwestdeutschland gelegene Hochdruckkern ist nach Skottland gewandert und hat sich mit einem über dem Baltik liegenden Hoch vereinigt. Die heutige Wetterlage zeigt daher einen klaren Hochdruckkeil, der vom Baltik bis zur Nordsee reicht und uns bereits Aufbesserung gebracht hat. Die geringen Druckunterschiede über dem Festland, die die Entwicklung kleinerer Teilströmungen begünstigen, stellen jedoch weitere Wetteränderungen in Aussicht.

Wetteraussichten für Donnerstag, den 7. Juni. Zeitweise heiter, warm, örtliche Gewitter.

Wasserstand des Rheins.

Schutterinsel, 6. Juni, 6 Uhr morgens: 197 Stm., gest. 21 Stm. Rehl, 6. Juni, 6 Uhr morgens: 302 Stm., gest. 10 Stm. Maxau, 6. Juni, 6 Uhr morgens: 465 Stm., gest. 3 Stm. Mannheim, 6. Juni, 6 Uhr morgens: 343 Stm., gest. 5 Stm.

Beilagen-Hinweis.

Zur Förderung der Gesundheit. Ist eine Brunnen-Trinkkur zu Hause mit dem allberühmten, ärztlich empfohlenen Lauchhader Brunnen von größter Bedeutung. Eine Extrabeilage dieser Nummer, die der Beachtung der Leser empfohlen wird, enthält ausführliche Hinweise auf den Wert einer solchen Trinkkur. Die vorzügliche Wirkung des Lauchhader Brunnen ist während zweier Jahrhunderte an vielen Tausenden erprobt. Wer an Rheumatismus, Gicht, Schlaf, schlechter und fehlerhafter Verdauung, Blutharnt, Blutharnt, Blutharnt oder Nervosität leidet, sollte zu Hause eine Trinkkur mit Lauchhader Brunnen machen. Bei Nerven- und Nierenleiden ist dieser ausgezeichnete Brunnen als Anreicherung ebenfalls sehr zu empfehlen. Eine Haus-Trinkkur mit Lauchhader Brunnen ist vor allem auch für die schwachen halbkranke, nervösen und überanstrengten Menschen von besonderem Nutzen. Auch Geburten tun gut, zeitweise eine Trinkkur mit Lauchhader Brunnen zu gebrauchen, da hierdurch das Blut verbessert und der Körper widerstandsfähig wird. Aus dem heute beiliegenden Prospekt sind diejenigen Geschäfte in Karlsruhe ersichtlich, in denen der Lauchhader Brunnen käuflich ist. (M1020)



WARUM empfehlen wir unsere Zigarette GIBSON GIRL? Sie ist seit Jahrzehnten die Standardmarke der Manoli. Die Verwendung erstklassiger, macedonischer Tabake und die Fabrikation auf technisch vollendeter Basis gewährleisten ein erstklassiges Fabrikat. 5 PFENNIG





